Nr. 34 — Jahrgang 20 Einzelnummer 0,30 Zł. Sonnabend, den 23. Juni 1934

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0.15 Zł., Anzeigen unter Text 0.60 Zł., von ausserhalb 0.80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Abonnement: Monatlich 1.00 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Dworcowa 11 Postscheckkonto P. K. O. Nr. 303732 Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr 31378

Ein Ostlocarno in Sicht?

Barthou in Bukarest. — Es lebe Frankreich und der Frieden. — Eine Demonstration der Kleinen Entente. — In erster Linie Oesterreichs Selbständigkeit.

Die Reise des französischen Aussenministers Barthous nach Rumänien wird als eine grosse Demonstration der Kleinen Entente gegen die italienische Politik auf dem Balkan bezeichnet. Die Aussenminister der Kleinen Entente haben soeben ihre Tagung beendet, als Barthou in Bukarekt eintraf und hier mit den Rufen: „Es lebe Frankreich und der Frieden" begeistert empfangen wurde. Barthous Aufgabe wird es sein, Rumänien zu diesem Ostpakt zu bewegen, dem neben Sowjetrussland, Polen, die baltischen Staaten, auch Deutschland angehören soll und durch dieses Ostlocarno soll allen Revisionsbestrebungen ein Ende gesetzt werden. Der Kleinen Entente ist hierbei eine besondere Rolle zugedacht, da sie gewissermassen mit der Garant der Unabhängigkeit Oesterreich sein soll.

Auf seiner Fahrt nach Bukarest hatte Barthou in Wien im Zuge eine kurze Unterredung mit Dollfuss, der ihn angeblich um Intervention gebeten habe. Barthous Aufgabe soll es nun sein, die Kleine Entente dafür zu gewinnen, um die Beruhigung Oesterreichs sichern zu helfen, wo die nationalsozialistische Terroraktionen auf den Sturz des Bundeskanzlers Dollfuss hinzielen. Vor allem soll aber der italienische Einfluss im Donauraum paralisiert werden. Die Anwesenheit Barthous in Rumänien soll Frankreichs Führung der europäischen Politik mit allen Nachdruck dokumentieren und ihn auch gegenüber Genf in den Vordergrund stellen.

Intrigen- oder Friedensstifter?

Mühsam hat man in Genf die Abrüstungskonferenz vorübergehend lebensmöglich gestaltet, und schon beginnen auf der ganzen Linie Konferenzen und Staatsbesuche, private Fühlungnahmen, um es nicht zu einem Abschluss eines Friedenspaktes aller Nationen kommen zu lassen. Der Kampf um die Führung der europäischen Politik wird fortgesetzt, und Frankreich will unter keinen Umständen das Rennen aufgeben, versteift sich auf seine Sicherheitsforderungen und sieht nur in Deutschland den Störfrieden, obgleich es selbst durch seine ständige Aufrüstung die eigentliche Ursache des Unruheherds in Europa ist. Gewiss soll nicht verschwiegen werden, dass Hitlerdeutschland durch seine geheime Aufrüstung und Umgehung der Friedensvertragsbestimmungen, diese französischen Intrigen erleichtert und seine innerpolitischen Zustände immer mehr die Wahrscheinlichkeit offen lassen, dass das nationalsozialistische Abenteuer nur in einem europäischen Krieg enden kann, ohne dass sich heut jemand darüber Rechenschaft abgibt, wo dieser Brandherd seinen Ursprung nehmen wird.

Es soll nicht geleugnet werden, dass der Unruheherd seinen Ursprung in Berlin hat, dass mit dem Bruch mit der Republik eine nationalistische Welle entfachte, welche allen anderen Staaten willkommene Gelegenheit ist, die Abrüstungskonferenz zu sabotieren und durch Bündnisverträge oder Regionalabkommen einen Zustand zu schaffen, der, bis aufs Haar, der „Gleichgewichtspolitik" vor dem Kriegsausbruch verteufelt ähnlich ist. Wir sehen die gleichen Fronten und die gleichen Gegner, nur ist ihre Zahl vermehrt und, anstelle eines alten Oesterreichs, haben wir derer mehrere, wobei die Konzentration gegen Berlin sich viel deutlicher abzeichnet, als dies vor 1914 der Fall war. Dabei wird in Berlin bereits an einem Zeitpunkt festgehalten, den man mit der Lage im Juni 1917 vergleichen kann, wo es jedem Einsichtigen bereits klar war, dass die deutsche Niederlage unvermeidlich ist. In einem solchen Zustand hat es seinerzeit Friedensbemühungen geheimnisvoll aufgenommen und vermitteln lassen, bis dann Ludendorffs Flucht nach Schweden und Hindenburgs republikanische Unterwerfung, dem deutschen „Siegeszug" ein rasches Ende in der Novemberrevolution bereitet hat.

Sagen wir es offen, die Reise Hitlers nach Italien war eine völlige Unterwerfung unter die Wünsche des Duce, und Mussolini will diese Niederlage Deutschlands hinsichtlich seiner österreichischen Politik mit einem Zusammentreffen Dollfuss—Mussolini und einem heut noch unbekannten deutschen Vertreter besiegeln. Gewiss ein Versuch Mussolinis, der Blockbildung Frankreichs im Donauraum zuvorzukommen, die unseres Erachtens nach bereits durch den Besuch Barthous in Bukarest besiegelt ist und wenn der Besuch der Kleinen Ententevertreter in Rom oder Italien erfolgt, so ist das Schicksal bereits besiegelt, auch Dollfuss wird lieber mit Paris den Pakt um einer finanziellen Hilfe wegen vollziehen, als sich mit Mussolinis Willen langsam dem nationalsozialistischen Strom Berlins in Wien zu unterwerfen. Frankreich ist aber der Gefolgschaft Englands sicher und die Hilfe Amerikas ist ihm gewiss, dann hat es seinen Freundschaftspakt mit Sowjetrussland unter Dach und Fach, und es bleibt nun Mussolini überlassen, schliesslich mit Paris und der Kleinen Entente gemeinsame Sache zu machen, oder mit Deutschland auf verlorenem Posten um die europäische Hegemonie zu kämpfen. Ein Intrigenspiel grossen Stiels hat eingesetzt, bei welchem zunächst die Pariser Diplomatie den Erfolg davongetragen hat, darüber sollte man sich nicht täuschen lassen.

Es entsteht nur die Frage, die im Augenblick noch nicht zu lösen ist. Wird Polen einem Ostlocarno, unter Beihilfe der Kleinen Entente und der Patenschaft Moskaus, beitreten, nachdem Deutschland einem solchen Vorschlag Russlands, welcher auch die baltischen Staaten einbeziehen und den ganzen Osten befriedigen sollte, oder wird Polen Deutschland die Treue halten und sich einstweilen nicht binden? In Paris ist man hinsichtlich der deutsch-polnischen Freundschaft besorgt, aber man weiss, dass Moskau fester bindet, als Paris und Berlin. Noch sind die diplomatischen Besuche nicht abgeschlossen, niemand weiss, wer den letzten Trumpf in diesem Intrigenspiel austragen wird, jedenfalls sehen wir Russland an der Seite Frankreichs und die Pariser Bundesgenossen, mit Ausnahme der Haltung Polens, sind am Werk, jene Konstellation zu bilden, die 1914 zum Weltbrand in Europa die Zündschnur legte. Allerdings, Hitlerdeutschland steht politisch und wirtschaftlich nicht bei 1914, sondern man kann ruhig 1917 schreiben. Friedenswillen als Anschein allgemeine Katastrophe als Selbstverständlichkeit.

Arbeitgeber sabotieren 40 Stundenwoche

Krise auf der Internationalen Arbeitskonferenz. — Die 40 Stundenkonvention auf unbestimmte Zeit vertagt.

Auf der Internationalen Arbeitskonferenz kam es am Dienstag zu einer Krise, die geneigt ist, die 40 Stundenwoche, bezw. eine entsprechende Konvention in weite Ferne zu rücken. Beim Zusammentritt der diesjährigen Tagung des Internationalen Arbeitsamtes stand im Vordergrund die Behandlung der Arbeitszeit und die Durchführung eines Abkommens, betreffend der Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche. Arbeitsamt und die Arbeitnehmervertreter haben alle Vorbereitungen getroffen, um eine solche Konvention zustandezubringen. Die Regierungsvertreter legten sich eine grosse Reserve auf, während die Arbeitgebervertreter die Einführung der 40 Stundenwoche als unmöglich hinstellten. Nach heftigen Debatten kam schliesslich ein Entwurf zustande, der nun zum Beschluss erhoben werden sollte. Am Dienstag, als dieser Entwurf artikelweise abgestimmt wurde, stellte es sich heraus, dass die Arbeitgebervertreter die Konferenz beschlussunfähig machten, sodass die Mehrheit zum Abschluss der 40 Stundenkonvention fehlte. Die Arbeitgeber haben mit Hilfe der Stimmenthaltung einiger Regierungsvertreter die 40 Stundenwoche, bezw. Arbeitszeit, unmöglich gemacht. Durch diese Abstimmung zeigte sich die Zwecklosigkeit der weiteren Beratungen, da die Arbeitgeber offen die Sabotage betrieben. Die vierzigstündige Arbeitswoche muss auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden, die Weiterberatung dürfte also erst auf der nächsten Tagung der Arbeitskonferenz, frühestens im kommenden Jahr, zur Behandlung kommen. Ein Teil der Regierungsvertreter hat mit den Arbeitgebervertretern einfach die Verkürzung der Arbeitszeit sabotiert, obgleich in den Erklärungen der Regierungen, zur Behebung der Wirtschaftskrise, immer und immer wieder die Verkürzung der Arbeitszeit, als eines der dringlichsten Mittel betrachtet wird.

Ein Erfolg der amerikanischen Gewerkschaften.

Der Streik der Metallarbeiter in Pittsburg und der Generalstreik in verschiedenen anderen Industriezweigen in Amerika, ist jetzt dadurch behoben worden, dass auf Vorschlag des Präsidenten Roosevelt die Parteien sich einem Schiedsspruch unterwerfen werden. Das Gesetzt über Schlichtungswesen ist bereits durch Dekret erlassen und bedeutet einen Erfolg der Gewerkschaften, deren Mitbestimmung bei der Lohnfestsetzung und Tarifgestaltung die Industriegewaltigen bisher abgelehnt haben. Die Gewerkschaften konnten dem Vorschlag Roosevelts umsomehr zustimmen, als mit dem Schiedsgerichtswesen zugleich die Periode des Beginns weitgehender Sozialgesetzgebung in Amerika verbunden ist.

Papen droht mit Revolution!

Der Vicekanzler gegen die Naziminister. — Ein Vorstoss der Konservativen gegen Göbbels. — Vom Retter zum Verderber Hitlers.

Das Dritte Reich ist um eine Sensation reicher. Freiherr von Papen, der ehemalige Frondeur des Zentrums, wird zum Verderber Hitlers, den er zum Reichskanzler durch seine Intrigen gegen Schleicher, dem Reichspräsidenten aufgezwungen hat. Etwas Unerhörtes im politischen Leben ist geschehen, der Vicekanzler Papen flüchtet gegen seine Nazikollegen im Kabinett in die Oeffentlichkeit, um festzustellen, dass die ewige Revolutionsmacherrei der Nazis diese am Ende selbst beseitigen muss. Der konservative Sachwalter im Hitlerkabinett klagt die Nazipolitik Göbbels an, beschuldigt ihn der ewigen Unruhemacherei und beschwert sich gegen die deutsche Presse, dass sie kritiklos alles hinnehme.

Die Rede, die der Vicekanzler von Papen in Marburg gegen das System hielt, ist der Schwanengesang, um bald Göring Platz zu machen, der aus Preussen verschwindet und damit auch Preussen selbst. Der Ruf des „verzweifelten Patrioten", um noch zu retten, was zu retten ist. Papen bestätigt, dass man den Marxismus vernichten wollte, aber gerade den gegenteiligen Erfolg erzielt, denn innerhalb der SA, die man jetzt in Urlaub schickt, befinden sich zahlreiche Kommunisten. Die Rede Papens hat im nationalsozialistischen Lager die grösste Konsternierung hervorgerufen, und man ist überzeugt, dass sie nicht ohne Zustimmung des konservativen Lagers erfolgt ist, ein erster Vorstoss, um mit Göbbels abzurechnen. Die Flucht in die Oeffentlichkeit durch Papen wird nicht ohne Folgen für ihn sein, und gerade jetzt wird es sich herausstellen, ob Hitler zu seinen „Kampfgenossen" steht oder lieber in Macht bleibt und mit der Reichswehr gegen Göbbels-Göring die nationalsozialistische Führung behält.

Die Lawine rollt!

Die Bankerotterklärung des Dritten Reichs. — Arbeitsminister Seldte droht mit dem Rücktritt. — Die Strasse frei von braunen Bataillonen. — Botschafter Nadolnys Flucht vor dem aussenpolitischen Wirrwar.

Ausländische Korespondenten, die unter den schwierigsten Verhältnissen im Dritten Reich ihr Berichterstatteramt ausüben, soweit sie der Wahrheit wegen nicht bereits ausgewiesen sind, können jetzt oft von hohen Beamten in wichtigen Reichsämtern hören, dass sich der „Apparat" allmählich auf die Monarchie umschaltet. Die mustergiltige Beamtenschaft, die Morgenluft wittert und allen Regierungen, ob Monarchie oder Republik, ob sozialistisch oder deutschnational und jetzt nationalsozialistisch und später auch kommunistisch, bereit ist, um des Brotes und nicht zuletzt um der Pension willen, mit der Zusicherung absoluter Treue zu dienen, schaltet um, man glaubt, auf die Monarchie tippen zu dürfen, deren Protektoren heute in der Reichswehr und im Reichspräsidentenpalais sitzen und ihre Zeit gekommen sehen, wo die braunen Banden mit den „Käsemessern" von den Strassen verschwinden. Die, in Aussicht gestellte tausentjährige, Herrschaft des nationalsozialistischen Systems beginnt, nach kaum 16 Monaten, in allen Fugen zu krachen und ihr „Finanzgenie" verkündet den Bankrott des „Dritten Reichs", es ist durch die Katastrophenpolitik zahlungsunfähig geworden, obgleich ihm die 14 jährige Marxistenherrschaft alle Vorbereitungen getroffen hat, damit die nach Milliarden zählenden Reparationslasten geschenkt, bezw. eingestellt worden sind.

Es gehörte zu den widerlichsten Lügen der neuen Machthaber, die Behauptung aufzustellen, dass sie einen bankrotten Zustand übernommen haben und erst alles ausbauen müssen. Aber das Reich war nicht nur zahlungsfähig, sondern auch die Einnahmen flossen ohne neue Geldmittel, wie Steuerbons, Registrier- u. Sperrmark und wie sonst alle die künstlichen Zahlungsmittel heissen, mit denen man heut die offene Inflation zu verbergen sucht. Als die Nazis mit ihrer Hindenburggefolgschaft an die Macht kamen, sah nach 14jähriger „Bankrottwirtschaft", das Finanzwesen, wie folgt aus, was jeder auf Grund der damaligen Reichsbankausweise nachprüfen kann: Zu Beginn des Dritten Reichs hatte die Reichsbank einen Gold- und Devisenbestand von 3 Milliarden Goldmark und die Notendeckung betrug 61,1 pro Hundert, sie ist im Verlauf von 16 Monaten Naziherrschaft auf einen Devisenstand von knapp 100 Millionen und einer Notendeckung von 4,8, bezw. 3,9 pro Hundert gesunken, kein Wunder, dass Dr. Schacht die Zahlungsunfähigkeit erklären muss und sogar den Zinsendienst der Dawes- und Younganleihe einstellen muss. Man geht weiter und will sogar einen Betrug vollziehen, indem man von den Gläubigern erwartet, dass sie mit einem Ausgleich von 40 Prozent zufrieden sein werden, wenn man ihnen gnädig die Zahlungen 1945 in Aussicht stellt.

Dass diese Bankrotterklärung zu den schärfsten Abwehrmitteln Anlass geben wird, war im Voraus zu ersehen, man wird sich am deutschen Auslandsgut schadlos halten, was die Naziherrschaft nur rascher beenden wird und die Inflation, trotz aller gegenteiligen Versicherungen, beschleunigen muss. Um wenigstens den Anschein einer „ruhigen Entwicklung" zu erwecken, unterdrückt man alle Gerüchte von den Kämpfen innerhalb der Machthaber selbst, wie letzhin die Drohung mit dem Konzentrationslager an den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und den Wirtschaftsminister Dr. Schmitt und den Finanzminister Schwerin-Krosigk. Aber gemeinsam haben sie erreicht, dass, um Finanzen einzusparen, die braunen Bataillone für den Monat Juli von den Strassen verschwinden, Stabschef Röm erhält Krankheitsurlaub und die SA Dauerurlaub, was noch zurückkommt, weiss niemand, aber man spart etwa 25 bis 30 Millionen Reichsmark an diesem Spass monatlich. Der Stahlhelm will sich nicht als Frontgeneration in die Reihen der „Käsemesser" zwingen lassen, und die Folgen sind Zusammenstösse zwischen SA, Hitlerjugend und der Frontgeneration, die neuerdings sogar mit einem Angriff auf Seldte, den Arbeitsminister selbst, geendet haben soll, der nun von Hitler die Auflösung des Magdeburger Bezirks der Hitlerjugend fordert und eine entsprechende Genugtuung vom Reichshalter Baldur von Schirach verlangt oder mit seinem Rücktritt diese Provokation der braunen Lümmels beantworten will. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt der innerpolitischen Gestaltung des angeblich „tausendjährigen nationalsozialistischen Dritten Reichs".

Nicht besser liegt es auf aussenpolitischem Gebiet. Wirrwar, undurchsichtig und mit unbekanntem Ziel, schaukelt das Auswärtige Amt, sich ganz der kommunistischen Methoden der innerpolitischen Einmischung durch die Auslandsdeutschen bedienend, wie in Oesterreich und den baltischen Staaten, aber auch in Amerika und am schärfsten im Saargebiet. Dieser Wirrwar hat nun den deutschen Botschafter Nadolny in Moskau veranlasst, seinen Rücktritt zu erklären oder,besser gesagt, seine Abberufung zu erzwingen, weil er die antirussische Politik Hitler-Göbbels auf seinem Posten nicht mehr verantworten kann. Nadolny ist kaum sechs Monate auf seinem Posten, ist der Mann der Reichswehr und des Hindenburgkreises, der mit dem Faustschlag die Abrüstungskonferenz verliess, um seine nationalsozialistische Einstellung zu dokumentieren, heute ergreift er vor diesem aussenpolitischen Chaos Hitlers die Flucht: Mussolini diktiert Hitler den Waffenstillstand mit Oesterreich und will ihn für das Versprechen der Gleichberechtigung im Aufrüsten zur Rückkehr nach in die so missbilligte Quatschbude bewegen, Göbbels bittet privat um gut Wetter bei dem Erbfeind in Warschau, und der Sonderdelegierte für Abrüstungsfragen von Ribbentrop macht an den französischen Erbfeind Konzessionen, um nur Luft aus dieser Katastrophenstimmung zu erhalten. Dabei freuen sich die Miesmacher und Kritikaster, dass die Regierung durch ihre Politik am besten die Greuelpropaganda fördert, besser, als dies je die Miesmacher tun könnten.

Als Abschluss verkündigt Göbbels einen weitgehenden Lohn- und Gehaltsabbau, wie ihn Mussolini erzwang und die Bevölkerung selbst sieht die Inflation, vor der sie sich nur durch Angsteinkäufe schützen zu müssen glaubt, es geht jene Periode um, wie wir sie 1917 und Anfang 1918 bereits reichlich erlebt haben. Der Weg vom Dritten Reich ins Chaos ist frei. Mögen die Hitler Göbbels noch so toben, der Zusammenbruch der Naziherrschaft ist nur noch eine Frage der Zeit, wobei wir uns durchaus nicht darüber täuschen, dass dieses Naziespiel noch verhältnissmässig kühne Versuche zur Selbsterhaltung durchführen wird, vielleicht auch blutige Auseinandersetzungen nicht scheuen wird. Das alles ändert nichts an der Tatsache des Bankrotts, der Zahlungsunfähigkeit, der langsamen, aber sicheren Inflation, der verschärften Miesmacherei und schliesslich zum offenen Aufstand der Arbeiterschaft, die die Zeche des nationalsozialistischen Bankrotts zu zahlen hat. Ja, die deutsche Revolution, die in der Nazizeit nur eine Episode ist, wird erst in allen ihren Ausartungen kommen, wobei die Reichswehr vielleicht die Umschaltung auf die Monarchie vollziehen, aber nicht aufhalten kann, dass der Weg darüber hinaus zur sozialistischen Staatsform eilt. Unaufhaltsam rollt die Lawine, und in deren Gedröhn wird auch an die Abrechnung mit den Verbrechern des Dritten Reichs nicht vergessen werden.

Eine bestialische Tat!

Das Attentat auf den Innenminister Bronisław Pieracki. — Der Täter noch nicht ermittelt. — Scharfe Massnahmen der Regierung. — Trauerkundgebungen im ganzen Land. — Lebhafte Anteilnahme der ganzen Bevölkerung.

Wie ein Blitz verbreitete sich am Freitag, den 15. Juni, durch ganz Polen die Nachricht, dass der Innenminister Bronisław Pieracki gegen 3,30 Uhr einem Revolverattentat zum Opfer gefallen ist. Als sich der Minister in ein Casino in der Foksalstrasse zum Mittagessen begeben wollte, wurde er von einem unbekannten jungen Mann hinterrücks mit drei Revolverschüssen hingestreckt, während es dem Täter gelang, unbemerkt zu entkommen. Innenminister Pieracki wurde in ein Militärspital überführt und verstarb, ohne das Bewusstsein erlangt zu haben. Ein Polizist, der den Täter verfolgen wollte, wurde gleichfalls schwer verwundet, der Mörder floh in ein Haus der umliegenden Gassen, man will nur seinen hellen Mantel und Hut gefunden haben. Alle bisherigen Bemühungen, den Täter zu verhaften, sind erfolglos, doch glaubt man, ihm auf der Spur zu sein. Für die Ergreifung des Täters ist eine Prämie von 100 000 Złoty aufgeboten.

An der Bahre des toten Innenministers erschienen bald einige Kabinettsmitglieder, eine besondere Trauerkundgebung wurde veranstaltet und schliesslich der Tote mit dem höchsten Orden des „Weissen Adlers" bedacht. Innenminister Pieracki erfreute sich des besonderen Vertrauens des Marschalls, ging aus den Reihen der Legionäre hervor und hat an den Unabhängigkeitskämpfen grossen Anteil genommen, sich auch hohe Verdienste um den Staat erworben. Die Trauer war allgemein und die Verurteilung der Tat in allen Lagern sehr entschieden. Zu seinem Nachfolger wurde durch den Staatspräsidenten der Ministerpräsident Kozłowski ernannt, der sich auch der Nachforschung über den Täter widmen will. Im ganzen Lande, auch Oberschlesien, wurden besondere Trauerkundgebungen veranstaltet. Im Zusammenhang mit dieser Tat, hat die Regierung zu aussenordentlichen Massnahmen gegriffen und ein Gesetz geschaffen, welches die Errichtung von Isolierungslagern vorsieht.

Innenminister Pieracki wurde in seinem Geburtsort Nowy Sącz beerdigt und zwar auf Staatskosten, unter Erweisung aller militärischen Ehren, von denen die Warschauer Trauerfeierlichkeit ein besonderes Gepräge annahm und wo Ministerpräsident Kozłowski dem Freund und Kollegen herzliche Worte der Anerkennung und seiner Verdienste widmete. Von Warschau wurde die Leiche über Częstochau, Ząbkowice, Szczakowa, Krakau und Tarnow transportiert, wo sich zahlreiche Delegationen auf den Stationen einfanden, um von dem Toten teils Abschied zu nehmen, teils ihm die letzte Ehre zu erweisen.

Zahlreiche Verhaftungen in Polen.

Unmittelbar nach dem Attentat wurden in Warschau zahlreiche Verhaftungen im Nationalradikalen Lager vorgenommen. Inzwischen haben die Verhaftungen, nach Veröffentlichung des Gesetzes zum besonderen Schutz von Ruhe und Ordnung, in verschiedenen Teilen des Landes grösseren Umfang angenommen und sind auf die Kreise der äussersten Rechten und Linken ausgedehnt worden.

Sozialistische Einheitsfront in Frankreich

Zwischen der kommunistischen Opposition unter Führung Heriots und der französisch-sozialistischen Partei werden Verhandlungen zur Schaffung einer sozialistischen Einheitsfront gepflogen. Wie es heisst, erfolgen in letzter Zeit Massenaustritte aus der offiziellen Kommunistischen Partei Moskauer Richtung, in Frankreich, aber auch die Neosozialistischen Ortsgruppen lösen sich auf und kehren zur Sozialistischen Partei, Blum-Richtung, wieder. Das Anwachsen der Reaktion stärkt die Arbeiterklasse, man will nicht das Schicksal der deutschen und österreichischen Arbeiterschaft teilen. Aus gutunterrichteten Kreisen verlautet, dass die Einigungsverhandlungen Aussicht auf Erfolg haben, zumal auch die Gewerkschaften für die Verständigung sind.

Der Kampf gegen den Faschismus in Frankreich.

Aus einer Reihe von Städten in Frankreich werden seit einigen Tagen Zusammenstösse und offene Strassenrevolten gemeldet. Die bürgerliche Presse begnügt sich, diese „Zusammenstösse" als kommunistische Umtriebe hinzustellen, bei denen es ziemlich heftig zugeht, Barikaden, Brandfackeln, Schiessereien und Massenverhaftungen sind auf der Tagesordnung, wobei leider auch Todesopfer zu verzeichnen sind. Prüft man hingegen die Darstellung der französischen Linksblätter, so ergibt sich, dass diese „Zwischenfälle" von faschistischen Elementen provoziert werden. Ob in Toulouse oder Clairmont, in Lion oder Paris, überall versuchen faschistische Organisationen, in den Arbeitervierteln Versammlungen abzuhalten, die zwangsläufig auf Widerstand der Arbeiterschaft stossen, und da die Polizei in der Auffassung von „Ruhe und Ordnung" die Rechtskreise schützt, so kommt es zu den obenbezeichneten Zwischenfällen und blutigen Auseinandersetzungen, die nicht nur Menschenopfer forderten, sondern auch grossen Sachschaden herbeiführen. Jedenfalls sind die demokratischen Kreise und die sozialistischen Organisationen nicht gewillt, in Frankreich das deutsche Trauerspiel wiederholen zu lassen, und in der Meinung, dass die Behörden „Ordnung" schaffen, sich überrumpeln zu lasssn. Der Kampf gegen alle faschistischen Anwandlungen in Frankreich ist auf der ganzen Linie aufgenommen und die sozialistische Einheitsfront in Vorbereitung. Man wird den Rechtskreisen nicht den Gefallen erweisen, sich der politischen Rechte berauben zu lassen, wie es in den Diktaturländern der Fall ist.

Arbeiterwahlsieg in Australien.

Bei den Parlamentswahlen in Tasmanien (Nordaustralien) hat die Arbeiterpartei ein Mandat gewonnen und ist dadurch an Stelle der Nationalisten die stärkste Fraktion geworden. Das neue Parlament besteht aus 15 Labourparteilern, 13 Nationalisten und einem Wilden.

400 Jahre Zuchthaus und Gefängnis.

Im Oppelner Hochverratsprozess gegen 110 Kommunisten wurden je vier Kommunisten zu 15 Jahre, vier weitere Angeklagte zu je 12 Jahren Zuchthausstrafen verurteilt, eine Reihe von Angeklagten erhielten bis zu 10 Jahre Zuchthaus insgesamt 336½ Jahre Zuchthaus und etwa 39 Jahre Gefängnis. Das Gericht lehnte die Widerrufe der erpressten Geständnisse von den Angeklagten ab, worauf ein Tumult entstand und die Angeklagten laut dem Gericht Klassenjustiz zuschrieen.

Im sogenannten Horst-Wesselprozess in Berlin sind zwei Angeklagte zum Tode verurteilt worden, obgleich es nach früheren Verhandlungen einwandfrei feststeht, dass die beiden Angeklagten nichts mit dem Mord an dem Zuhälter Horst Wessel zu tun haben.

In Ostpreussen sind sechs Pfarrer bis zu 6 Monaten Gefängniss verurteilt worden, weil sie ihre Opposition gegen Reichsbischof Müller nicht aufgeben und die Freiheit für die evangelische Kirche fordern.

Es geht „aufwärts" im Dritten Reich mit Zuchthaus, Gefängnis und Todesurteilen.

Barthou — kein Entgegenkommen an Hitler.

Der deutsche Sonderdelegierte für Abrüstungsfragen weilte „privat" in Paris, um Gelegenheit zu nehmen, mit dem französischen Aussenminister über die Rückkehr Deutschlands nach Genf zu konferieren. Barthou erklärte Ribbentrop, dass Frankreich keinerlei Kompensation an Deutschland hinsichtlich der Aufrüstung machen könne. Deutschland muss bedingungslos die Abrüstungskonvention unterzeichnen, die Sicherheitsformeln annehmen, und dann ist es gleichberechtigt unter allen Nationen.

12 Jahre Zuchtshaus für Exdiktator Woldemaras.

Wegen Beihilfe zum bewaffneten Aufstand gegen die litauische Regierung, hatte sich der Exdiktator Woldemaras vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Wie die litauische Presseagentur mitteilt, ist er zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt worden. Die Verurteilung hängt mit dem letzten Putsch in Litauen zusammen.

Polnisch-Schlesien

Zeitgenossen!

Die „deutsche Erneuerung“, die nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten im Reich auch in Polnisch-Oberschlesien Einzug gehalten hat, obgleich Propagandaminister Göbbels in Warschau seinen Zuhörern versicherte, dass er keine Exportware ist, zeitigt innerhalb der „Erneuerer“ sonderbare Früchte. Man glaubte, durch Schaffung der „Volksbundjugend“ eine Kampfgeneration zu erziehen, die nun wirklich den braunen Banditismus im Reich würdig auch auf Polen innerhalb des Deutschtums zu übertragen bemüht ist. Die Erziehung der Ulitz und Wiesner ihrer Volksgenossen, bereitet ihnen Schmerzen, die als keinerlei „Erfolge“ verbucht werden können.

Die „Erneuerung“ macht so gewaltige Fortschritte durch die Hilfsbons des Volksbundes, dass man nunmehr gezwungen ist, eine gründliche „Reinigung“ der Volksbundreihen vorzunehmen und schmeisst jetzt massenweise heraus, was so als „Volksgenosse“ aufgenommen wurde. Und nun beginnt auch der Kampf um die Jugendpfleger, die einander mit den schönsten Titeln bedenken und versuchen, einer dem anderen den Posten abzutreiben. Einer dieser Jugendpfleger, bis in die letzten Jahre Mitglied des „Sokolvereins“, soll nun das Zeitliche segnen und einen Hinauswurf erleben, aber auch um den Nachfolger geht bereits ein Kampf, auf dessen Ausgang man neugierig sein kann, da auch er beschuldigt wird, national nicht einwandfrei zu sein.

Ein anderer Jugendpfleger hat in der Bezirksvereinigung Königshütte einen tieferen Griff in die Kasse gemacht, und obgleich man Rechenschaft über die Vorgänge in Friedenshütte verlangt, schweigt man sich darüber aus, weil, ja, weil, der „ehrenwerte“ Jugendpfleger ein besonderer Günstling des „Führers“ war und Ulitz nicht gern zugestehen möchte, dass er einen Spitzbuben engagiert hat. Aber die Mitglieder rebellieren, zumal nicht unbekannt ist, dass bei einer anderen Gelegenheit ein ziemlich schwungvoller Handel mit den Hilfsbons betrieben wurde und dass zunächst eine Vetternwirtschaft Platz gegriffen hat, die so ganz im Rahmen der „deutschen Erneuerung“ liegt.

Man könnte mit den „deutschen Volksgenossen“ und ihrer „Erneuerung“ Bände füllen, was sich so hinter den Kulissen der „Hilfsbons“ abspielt, nachdem man nur „Kerndeutsche“ dafür und ein paar missratene Studenten in die „Erneuerung“ einbezogen hat, die, ob mans wissen will oder nicht, jedem erzählen, wie oft und kräftig sie den „Führer Ulitz“ einseifen, der vor Weitergabe von Berichten derartig nervös ist, dass er bei jeder Gelegenheit mit seinem Rücktritt droht.

Aber auch dem „Erzieher Wiesner“ geht es nicht besser. Die Jungdeutschen fordern Abrechnungen, die nicht gegeben werden, immer wieder müssen Reinigungen der eigenen Reihen vollzogen werden, denn die „wahre Volksgemeinschaft“ stinkt zum Himmel in verschiedenen Korruptionsfällen und nur der Radau gegen die Altdeutschen hält die Wiesnergruppen zusammen. Auch hier spielt die Frage, wer denn Deutscher sei, denn in mancher Versammlung hat man Zuhörer, die nur sehr wenig oder überhaupt kein Deutsch verstehen.

So haben sich würdige Zeitgenossen gefunden, die die „deutsche Erneuerung“ betreiben, weil sie etwas einbringt, und wenn Dummheiten vorkommen, um des lieben Friedens willen, nach Möglichkeit verschwiegen werden. Jedenfalls rüstet die junge „Generation“ des Volksbundes zur Generalversammlung, um gründlich abzurechnen mit der alten Garde, wie es heisst und merkwürdig, ist man darin einig, dass nur Ulitz gehalten werden kann, weil er sich am besten einseifen lässt, während die Dudek, Libera und Bednorz noch aufmucken und darum heraus müssen. Nun, Myslowitz war ja eine Probe der „jungen Generation“, bei der Ulitz gesiegt hat und die Jungdeutschen davon demonstrierten. Würdige Zeitgenossen, die jetzt das Deutschtum retten wollen, nachdem die nationalsozialistische Idee im Reich die

Lohnreduzierung im Bergbau?

Da das Lohnabkommen im Bergbau mit dem 31. Juli abläuft, bemühen sich die Arbeitgeber bereits jetzt, um eine 15 prozentige Herabsetzung der Schichtlöhne und bis 25 prozentige Herabsetzung der Akkordlöhne im Bergbau zu erreichen. Wie es heisst, motivieren die Arbeitgeber ihren Schritt teils mit Absatzschwierigkeiten, teils mit der angeblichen Verbilligung aller Bedarfsartikel. Bekanntlich waren schon im April Gerüchte laut, wonach man sich in Warschau um eine 25 prozentige Lohnreduzierung bemühte und dabei zu verstehen gab, dass, wenn diesen Forderungen kein Erfolg beschieden sein werde, man zwangsläufig zu weiteren Reduzierungen der Belegschaften schreiten müsse, die wahrscheinlich auch von Stillegungen begleitet sein werden. Die Bemühungen, bezw. Versuche der Stillegung, kommen ja bereits, wie in Orzegow, zum Ausdruck und die Turnusurlaube vermehren sich. Dass seitens der Arbeiter die Forderungen der Bergherren abgelehnt werden, bedarf es keinerlei Betonung, aber ob es gelingen wird, eine einheitliche Abwehrfront zu schaffen und die Forderungen der Arbeitgeber auch durch einen eventuellen Streik abzuwehren, ist eine Frage, die heut noch nicht zu übersehen ist.

Zur Sicherung von Ruhe und Ordnung!

Errichtung von Isolierungslagern. — Absonderung bis zu drei Monaten. — Wer kann betroffen werden?

Im Zusammenhang mit der Ermordung des Innenministers Bronislaw Pieracki hat die Regierung zu ausserordentlichen Massnahmen gegriffen und auf dem Verordnungswege, unter Berufung auf Artikel 44, Absatz 6 der Verfassung, ein Gesetz mit sofortiger Wirkung veröffentlicht, welches die Errichtung von Isolierungslagern gegen gefährliche Unruhestifter und Friedensstörer vorsieht. Das Gesetz ist bereits in Nummer 50 des „Dziennik Ustaw“ veröffentlicht und von allen Kabinettsmitgliedern gegengezeichnet. Die wesentlichen Abschnitte lauten:

Personen, deren Tätigkeit oder Verhalten Grund zu der Vermutung gibt, dass von ihrer Seite eine Erschütterung der Sicherheit, des inneren Friedens oder der öffentlichen Ordnung droht, können festgehalten und zwangsweise an solchen Absonderungsorten untergebracht werden, die nicht für Personen bestimmt sind, die wegen Straftaten verurteilt oder verhaftet wurden.

Die Entscheidung über den von den Behörden der allgemeinen Verwaltung angeordneten Zwangsaufenthalt erlässt der Untersuchungsrichter auf Grund eines Antrages der Behörde, welche die Verhaftung anordnete. Ein begründeter Antrag dieser Behörde ist eine genügende Unterlage für die Entscheidung. Eine Abschrift der Entscheidung wird der verhafteten Person im Laufe von 48 Stunden nach ihrer Festnahme zugestellt. Berufungsmittel können gegen die Entscheidung des Richters nicht angewandt werden.

Ueber die Isolierung entscheidet ein Untersuchungsrichter, der zu diesem Zweck von dem Verwaltungskollegium des zuständigen Bezirksgerichts bestimmt wurde. Zuständig ist das Gericht, in dessen Bezirk der Isolierungsort liegt.

Die Absonderung kann für drei Monate erfolgen. Sie kann im Zusammenhang mit dem Verhalten des Abgesonderten auf drei weitere Monate verlängert werden, und zwar in dem angegebenen Verfahren. Die Isolierten können mit einer ihnen zugewiesenen Arbeit beschäftigt werden.

Ueber die Handhabung des Gesetzes äussert sich der Ministerpräsident und Innenminister Kozlowski einem Korrespondenten der halbamtlichen Agentur „Iskra“, wie folgt:

„Die Isolierungsorte, das wolle er durchaus nicht verbergen, würden eine sehr schwere und strenge Hausordnungen erhalten und nichts anderes sein, als ausschliesslich ein Werkzeug der streng disziplinierenden Hand des Staates. In ihnen würden alle diejenigen Individuen gesammelt werden, die die öffentliche Sicherheit bedrohen und zwar ohne Rücksicht auf ihre parteimässige, konfessionelle oder nationale Zugehörigkeit und ohne Rücksicht darauf, eine wie hohe Stellung sie sonst bekleiden.“

Eine noch viel eindeutigere Komentierung erfährt das neue Gesetz durch die Regierungspresse, von der der „Kurjer Poranny“ schreibt:

„Das Ziel der Massnahmen ist, der Regierung die entschiedene Liquidierung aller, wir unterstreichen es, aller der Nester zu erleichtern, in denen der Geist des Verbrechens lebt und in denen man die Werkzeuge des Terrors schmiedet. Wo Kampfesorganisationen geschaffen werden, wo man Menschen zum terroristischen Kampf schult, um die Gegensätze zwischen den verschiedenen Gruppen der Bürger auf diese Weise zur Entscheidung zu bringen, dort wird mit strenger Zucht die Hand des Staates eingreifen. Denn es zeigt sich, dass die bisherige Nachsicht für ein derartiges Verhalten, die den Glauben an die Kraft der blossen Ueberredung entsprang, ein Fehler war.“

Das Gesetz ist für die gesamte Republik, also auch für Oberschlesien, giltig. Welche Anwendung es hier finden wird, wird erst die Zukunft erweisen. Besonders muss darauf hingewiesen werden, dass es gegen die Entscheidung des Richters, der die Absonderung, bezw. Unterbringung im Isolierungslager anordnet, keine Berufungsmittel gibt. Die Absonderung, die zunächst auf drei Monate ausgesprochen wird, kann seitens der Behörden beliebig verlängert werden.

Wir hämmern und schmieden...

Sonnenwende 1934

Sommeranfang, Sonnenwende! Ein zeitlicher Begriff, der Menschen, die sich mit der Natur verbunden fühlen, Symbol für neue Naturereignisse ist. Sozialistischer Glaube und Naturkraft gehören zusammen, und darum ist für uns auch der Tag der Sonnenwende alljährlich Gelegenheit, die Feuer zu entzünden und neue Kraft im ewig wechselnden Spiel des Feuers zu entfachen.

Die gestrige Sonnenwendfeier der deutschen Sozialisten, an der sich die Mitglieder der Partei, besonders die Arbeiterjugend, aus den verschiedensten Ortschaften beteiligten, und die auch wieder im Steinbruch, Zaienzer Wald, stattfand, stand ganz im Zeichen der schweren Lage, in welcher sich die Arbeiterklasse der ganzen Welt befindet. Darum waren auch alle Chöre, Rezitationen, sowie die Ansprachen eines Jugendgenossen und des Genossen Kowoll von tiefem Ernst getragen, und alle gedachten der schweren Opfer, die gefallen sind und vielleicht noch fallen werden, wenn der Sieg unser sein soll. Nur Kampf und Entbehrung werden das Ziel unserer Sehnsucht gebären, und wenn alle zusammenstehen, dann wird die Hoffnung erfüllt werden. Die „Freien Sänger“ trugen gemeinsame Chöre vor, während der Bezirk der Arbeiterjugend den rezitatorischen Teil übernommen hatte. Die polnischen Genossen erfreuten uns gleichfalls durch ihren Gesang. Zum Schluss, während die Flamme hoch auf loderte, erklang der Sang der „Internationale“.

Dann aber brach doch der Frohsinn die Schranken allen Ernstes, und unter allerlei Flammensprüchen sprangen die Wagemutigen durch die Flammen. Unter Gesang wurde dann die Feier beendet, an die sich jeder gern erinnern wird und auch die mahnenden Worte zur treuer Arbeit und unerschrockenem Kampf behalten möge.

Allen Mitwirkenden und Teilnehmern unseren Dank und Freiheitsgruss!

8 Prozent Gehaltssenkung in der Schwerindustrie.

Die Entscheidung des Schiedsgerichts. — Die Angestelltenvertretungen lehnen ab.

Vor dem Schiedsgericht in Kattowitz stand am Donnerstag die Frage des Gehaltsabbaus in der Schwerindustrie zur Behandlung. Seitens der Angestelltenvertreter wurde die Forderung der Arbeitgeber heftig bekämpft, an den Verhandlungen selbst kam es zu wiederholten scharfen Auseinandersetzungen.

Nach mehrstündigen Verhandlungen fällte das Schiedsgericht durch Mehrheit sein Urteil dahin, dass ab 1. Juli die Gehälter der Angestellten in der Schwerindustrie um 8 Prozent herabgesetzt werden. Die Arbeitgeber hatten 15 Prozent Gehaltsabbau gefordert.

Der Schiedsspruch ist von den Angestelltenvertretern abgelehnt worden. Nunmehr liegt die Entscheidung beim Arbeitsminister, ob er den Schiedsspruch als rechtsverbindlich anerkennt. Nach Meinung massgebender Kreise ist daran nicht zu zweifeln, sodass mit dem gestrigen Schiedsspruch der Gehaltsabbau von 8 Prozent faktisch vollzogen ist.

Trauerkundgebung für Innenminister Pieracki im Schlesischen Sejm.

Die für Montag Nachmittag einberufene Sejmsitzung wurde, mit Rücksicht auf die verbrecherische Tat gegen den polnischen Innenminister Pieracki, vertagt und auf den kommenden Freitig festgesetzt, nachdem eine Reihe von Abgeordneten an den Begräbnisfeierlichkeiten teilnimmt.

Zu Beginn der Sitzung gedachte Sejmmarschall Wolny des hingemordeten Toten in warmen Worten und unterstrich, dass es wohl niemanden in diesem hohen Hause gebe, der dieses Verbrechen an Volk und Staat nicht entschieden ablehnen und verurteilen würde. Wie immer die Zustände sind, so müssen Recht und Gerechtigkeit gewahrt werden und gerade eine gesetzgebende Instanz müsse entschieden von solchen politischen Verbrechern abrücken. Der Sejmmarschall hat bereits am Sonnabend im Einverständnis des hohen Hauses an die Regierung ein Beileidstelegramm gesendet. Die Mitglieder des Sejms und die Teilnehmer auf der Galerie nahmen die Kundgebung des Marschalls stehend entgegen, worauf der Marschall die Sitzung schloss.

Politik und Wirtschaft.

Kommt die Lohn- und Gehaltsreduzierung? — Wie steht es mit der Arbeiterklasse? — Konjunkturwende und planlose Wirtschaft.

Die gesamte bürgerliche Presse und der gesamte Gesellschaftsapparat werden nicht müde, um von einer Konjunkturwende und damit von einer Besserung unserer Wirtschaft zu sprechen. Diese These ist zwar schon Jahre alt, ohne dass die gehegten Voraussagen eingetroffen sind, aber sie werden zur Selbstberuhigung wiederholt und schliesslich gibt es auch soweit depremierte Menschen, die's glauben, wenn sie auch durch die Alltagserscheinungen eines anderen belehrt werden. Man ist geneigt, alles dem Staat dann zu überantworten, wenn man selbst auf den Punkt der eigenen Unfähigkeit angelangt ist. Dies ist heute der Ausdruck der Industriepolitik, die in Zeiten guter Konjunktur sich mit aller Entschiedenheit dagegen wehrt, dass der Staat sich in die Wirtschaft einmischt, aber wenn sie selbst nicht weiter kann, dann, teils, um Hilfe in finanzieller Hinsicht an den Staat herangeht oder aber wiederum Massnahmen gegen die Arbeiterschaft fordert, um angeblich ihre Betriebe in Takt zu halten, also die Bankrotterklärung der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu verhindern. Es ist dafür bei der Schaffung der Verfassung dafür gesorgt worden, dass die Unantastbarkeit des Privateigentums gesichert ist und es gibt ein Höllengeschrei, wenn der Staat in die Privatindustrie Eingriffe vollzieht.

Nun hat es sich zwar im Verlauf der verschiedenen Wirtschaftsbeeinflussungen durch den Staat und insbesondere die Staatsbetriebe und Monopols selbst, erwiesen, dass der Staat als Arbeitgeber durchaus nicht das Muster einer kollektiven Wirtschaft ist, sondern zuweilen in der Privatgestaltung sogar hemmend auf die Privatindustrie wirkt und durchaus nicht vorbildlich gegenüber den Arbeitern ist, mit Lohnreduzierungen schneller an die Hand geht, sodass das Wort Staatskapitalismus eben dadurch in Verruf gekommen ist. Aber die gesamte Industrie und die Landwirtschaft verstehen es vorbildlich, die Konjunktur auszunutzen und insbesondere auf den Staat als Arbeitgeber hinzuweisen. Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, dass, mit Rücksicht auf die Sparmassnahmen im Haushalt des Staates, Gehaltsreduzierungen durch die sogenannte „Umgruppierung" erfolgt sind. Eine willkommene Gelegenheit für die Arbeitgeber, diesem Vorbild zu folgen. Zwar waren sie zeitlich an die Tarifverträge und Abkommen gebunden, nun aber kommen sie mit ihren Wünschen und wollen das nachholen, was der Staat im Februar, bezw. April, selbst mit seinen Angestellten und Beamten sowie Arbeitern getan hat. Man konnte dies an den Fingern abrechnen, dass auch unter Hinweis auf die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Artikel, auf die Preissenkung in der Industrie, die Arbeitgeber besonders aber auf die Wirtschaftskrise und den Absatzmangel, diese Lasten den Arbeitern und Angestellten auferlegen werden, zumal sie nicht nur privat, sondern auch beim Staat vorsorglich verschuldet sind.

Und nun trifft etwas Unerwartetes ein. Im gleichen Augenblick, wo man von einer Konjunkturwende spricht, also begreiflich machen will, dass es uns besser geht, kommt man mit einer Lohn- und Gehaltsreduzierung. Wer fragt darnach, wie weit der Staat selbst dadurch getroffen wird. Jeder Abbau von Löhnen u. Gehältern, zieht zwangsläufig eine Verringerung des Konsums nach sich. Betroffen wird der Mittelstand und der Handwerker und kleine Gewertreibende, damit wieder der Staat selbst, weil verringerter Umsatz auch verringerte Steuern nach sich zieht. Die Arbeiter sind es also mit den Angestellten, und nicht zuletzt der sogenannte Mittelstand, die am härtesten dadurch betroffen werden. Aber noch immer versuchen beide Teile, zwischen sich als Klassen Trennungen zu setzen, sich in der Politik Kreisen anzuschliessen, die ihnen das Verderben bringen.

Wir stehen mitten in einem Lohn- und Gehaltskampf, ohne dass sich die Fronten im Augenblick in Bewegung befinden. Die dem Regierungslager nahestehenden Gewerkschaften, Federacja Pracy, erklären in ihrer Presse, dass die Lohn- und Gehaltsreduzierungen in geplantem Masse nicht stattfinden. Wer also richtig zu lesen versteht, der weiss bereits, dass also ein Lohn- und Gehaltsabbau bestimmt vorgenommen wird, wenn auch die Arbeitgeber nicht ihre 15, bezw. 25 Prozent ernten werden, sondern vielleicht zwischen 7 und 10 Prozent. Eine feine Sache, zu sagen, soviel wie die Arbeitgeber wollen, wird nicht abgezogen, aber immerhin genug, damit du es bei den 12 bis 18 Schichten monatlich merkst oder die „paar Prozent" am Gehalt gründlich verspürst. Die Lohn- und Gehaltsreduzierung kommt, das sieht jeder als unabwendbare Tatsache an. Wenn man auch gewerkschaftlich noch so verschämt davon spricht.

Die Arbeiterklasse und die Beamtenschaft wird bald wieder Zeuge eines Kuhhandels innerhalb der sogenannten Arbeitsgemeinschaft, der Schiedsgerichte und weiss der Teufel welcher gesetzlichen Einrichtungen sein. Man spricht auch heut schon von der Schaffung einer sogenannten Einheitsfront zur Abwehr, doch soll man sich keinerlei Illusionen hingeben, denn diese Front wird so geschickt manövriert, dass sie nicht zustande kommt und es einigen Führern überlassen bleibt, die Schuld den anderen zuzuschieben, damit die Wünsche der Arbeitgeber befriedigt werden und schliesslich durch Vermittlung der Regierung ein Teilerfolg erzielt wird.

Das sind die Folgen der Zersplitterung der Arbeiterklasse, ihre Trennung bei wirtschaftlichen Kämpfen in sogenannte nationale Lager. Obgleich zum Beispiel die gesamten deutschen Gewerkschaften im Lohnkampf und Arbeiterschutz überhaupt keine Rolle spielen, wird man sie auch hierhin gut benutzen, um aufzuzeigen, dass eine Einheitsfront aller Arbeiter nicht möglich ist. Und die Arbeiterklasse fällt nach, wie vor, auf den nationalen Leim hinein, sichert sich keine politischen Rechte und entsprechenden Einspruch, und die Folge ist, dass die Politik der Wirtschaft aus Selbsterhaltungstrieb weicht, während die Arbeiter und Angestellten die Zeche bezahlen.

Wann einmal die Erkenntnis reifen wird, dass zur Ueberwindung der Krise der politische Einfluss der breiten Massen, der Hand- und Kopfarbeiter erforderlich ist, kann heut noch nicht gesagt werden, aber ohne politischen Einfluss der breiten Massen gibt es keine Planwirtschaft, und die kapitalistische Wirtschaftsweise ist Ausbeutung und Dauerverfall. Ob die Arbeiterklasse aus den Ereignissen die Lehre ziehen wird? Lehrgeld genug hat sie schon gezahlt und stets die Opfer getragen.

Reform der Sozialversicherung.

Immer neue Vorstösse der Arbeitgeber

Die Frage einer Reform des Sozialversicherungswesens verschwindet seit geraumer Zeit nicht mehr aus den öffentlichen Diskussionen. Ihre Notwendigkeit wird immer wieder von den verschiedensten Wirtschaftsorganisationen — Zentralverband der Industrie, Warschauer Handelskammer, Lodzer Handelskammer, um nur einige in der letzten Zeit lautgewordene Stimmen zu nennen — erhoben. Aber auch der der Regierung sehr nahestehende konservative „Czas" hat kürzlich in einem vielbeachteten Artikel über die „Kehrseite der Deflation" die Ausdehnung der regierungsseits mit Energie betriebenen Deflationspolitik auf das gesamte soziale Versicherungswesen im Sinne eines Lastenabbaus für die Wirtschaft gefordert. Für die Regierung handelt es sich hierbei um eine besondere heikle Frage, da es gilt, **die auseinanderstrebenden Interessen der verschiedenen im Regierungslager vereinten Gruppen auf einen Generalnenner zu bringen.**

Nunmehr wird bekannt, dass im Wohlfahrtsministerium **ein Plan zur Reform des Versicherungswesens** ausgearbeitet worden ist. Er soll sich vorwiegend mit der Krankenversicherung befassen, über deren Bürokratismus, hohe Verwaltungskosten usw. besonders viel Klagen laut geworden sind. Die Interessen der Versicherten sollen hierbei besondere Berücksichtigung finden. Die von verschiedenen Seiten geforderte freie Aerztewahl wird allerdings dem Vernehmen nach nicht eingeführt werden, jedoch dürfte das Heilverfahren und insbesondere die Fürsorge für Krankheitsverhütung ausgebaut werden. Neue Vorschriften über die Organisation sollen sowohl im Sinne einer Kostenherabsetzung wirken, wie auch den Versicherten selbst eine Reihe von Erleichterungen bringen. Ferner sollen die Vorschriften über die Versorgung mit Heilmitteln, orthopädischen Mitteln, über die Behandlung in Sanatorien und Kliniken, die zahnärztliche Behandlung usw. reformiert werden. Keine Aenderungen werden, wie verlautet, die Vorschriften über den Umfang der Versicherungspflicht seitens der Arbeitgeber erfahren.

Arbeitslose im Streik.

In Wełnowiec kam es zu einer Arbeitsverweigerung der Arbeitslosen, die es ablehnten, die Unterstützung von wöchentlich 4 Złoty, bezw. einen gleichen Wert in Nahrungsmitteln mit 8 Stunden abzuarbeiten. Die Gemeindebehörden griffen jetzt energisch durch, indem sie allen Arbeitslosen die Ausgabe von Mittagssuppen aus der Arbeitslosenküche verweigerten, auch die Ausgabe von Nahrungsmittelbons, bezw. Brotkarten. Das bewog die Arbeitslosen, schliesslich die verlängerte Abarbeitung wieder aufzunehmen.

Es ist bedauerlich, dass der Lage der Arbeitslosen so wenig Interesse entgegengebracht wird. Bei der heutigen „Ernährung" der Arbeitslosen sind acht Stunden Arbeit gewiss eine Anforderung, den die meisten nicht mehr genügen können. Bei der ungeheuren Anzahl der Arbeitslosen dürfte es wirklich eine Kleinigkeit sein, die Arbeit zu strecken und indem alle Arbeitslosen zur Abarbeitung herangezogen werden, ist es durchaus möglich, dass die Abarbeitungszeit auf 4 allerhöchstens 6 Stunden verkürzt werden könnte. Bei einigem guten Willen liesse sich gewiss darin eine Einigung erzielen, und man brauchte nicht unnötig eine Atmosphäre zu schaffen, die nie zur Beruhigung, nicht nur der Arbeitslosen, sondern der gesamten Bevölkerung, beitragen kann.

Unter ähnlichen Verhältnissen kam es zu einer Kundgebung der Arbeitslosen in Michalkowitz, wobei die Fensterscheiben im Gemeindehaus fast alle ausgeschlagen wurden. Dieser bedauerliche Vorfall dürfte noch strafrechtliche Folgen nach sich ziehen. Innerhalb der Arbeitslosen macht sich eine sehr gespannte Stimmung geltend, die hoffentlich durch Eingreifen der Wojewodschaftsbehörden beigelegt wird.

Das Urlaubsgesetz vor der Rechts- und Gewerbekommission.

Anschliessend an die letzte Sejmsitzung fand eine Tagung des Rechts-, Handels- und Gewerbekommission statt, die sich erneut mit dem Urlaubsgesetz beschäftigte, welches voraussichtlich am Freitag vom Schles. Sejm verabschieden wird und mit dem 1. Juli Gesetzeskraft erlangt. Wiewohl die Mehrheit der Mitglieder beider Kommissionen sich für die Annahme des Projekts erklärten, um damit einheitliches Recht für das ganze Territorium der polnischen Republik zu schaffen, versuchten zwei Mitglieder des Korfanty-Klubs und ein Sanacja-Mitglied, Vertagung des Projekts zu erreichen, da das Gesetz angeblich die Handels- und Gewerbekreise einseitig belaste. Mit Mehrheit ist dann dem Gesetz in der Form der Beschlüsse der Sozialkommission zugestimmt worden.

Die Interessengemeinschaft spart!

Die, unter Geschäftsaufsicht stehende, Interessengemeinschaft will dadurch eine Sanierung ihrer Finanzen durchführen, dass zum 1. April allen Beamten ausser Tarif, unabhängig von ihrem Dienstverhältnis, die Gehälter gekündigt wurden. Sollte die Allgemeinsenkung der Gehälter bei allen Beamten um 15 Prozent nicht erreicht werden, so will die Geschäftsaufsicht aus der Tarifgemeinschaft austreten, um bei den Gehaltsreduzierungen freie Hand zu haben. Dieses Gerücht hat in der Angestelltenschaft den schärfsten Widerspruch hervorgerufen, zumal die Interessengemeinschaft an sich mit der Zahlung der Gehälter um mehrere Zehntausend im Rückstand ist.

Das Ergebnis der Kohlenmagistrale.

In diesen Tagen fand in Warschau eine Sitzung der Direktion und des Aufsichtsrates der polnisch-französischen Eisenbahngesellschaft statt, die die Bahnlinie Oberschlesien-Gdingen — die sogenannte **Kohlenmagistrale"** — betreibt. Der vorgelegte Geschäftsbericht über das Jahr 1933 weist einen **Reingewinn in Höhe von Zl. 1 023 586,49** aus. In den amtlichen Kommuniques wird darauf hingewiesen, dass ja der Betrieb auf der Strecke Herby Nowe—Gdingen zur Zeit nur **eingleisig** erfolgt, und dass der Ertrag wesentlich steigen wird, wenn erst das zweite Gleis sowie die Abzweigung Czenstochau-Siemkovice fertiggestellt sein wird. Die Ziffern des vorliegenden Abschlusses werden jedenfalls als ein Beweis dafür betrachtet, dass der weiteren Entwicklung des Unternehmens eine günstige Prognose gestellt werden kann, nachdem die Aufnahme des Verkehrs im Zeitpunkt der schwersten Krisis erfolgt ist.

Polens Elektroindustrie arbeitet bloss mit 30%iger Kapazität.

Der Vorsitzende der Verbandes der elektrotechnischen Unternehmungen Polens hat laut einer Estrop-Meldung die Aeusserung abgegeben, dass in dem Verband angegliederten Fabriken, deren Leistungsfähigkeit auf Grund der gegenwärtigen Preise mit jährlich 160 Mill. Złoty einzuschätzen sei, im vergangenen Jahr bloss einen Warenwert von 50 Mill. Złoty erzeugt haben. Der Verbandsvorsitzende machte in diesem Zusammenhange die Feststellung, dass Neuinvestitionen in der polnischen Elektrotechnik in absehbarer Zeit keine Aussicht auf Rentabilität beschieden wäre.

Zimmervermietung durch arbeitslose Mieter.

Der Mieterschutzverband für die Wojewodschaft Schlesien teilt mit, dass auf Grund des Artikels 11, Punkt 2 des Mieterschutzgesetzes alle Mieter von der Zahlung des Mietszinses befreit werden können, wenn sie durch Arbeitslosigkeit kaum die notwendigen Mittel zum Lebensunterhalt aufbringen. In derartigen Fällen dürfen irgendwelche Massnahmen bezüglich Exmission usw. nicht vorgenommen werden. Falls jedoch der Nachweis erbracht wird, dass der betreffende Mieter in seiner Wohnung Aftermieter hält, ferner Vermögen besitzt, bezw. irgendwelche Einnahmequellen (Rente, Unterstützungen durch Verwandte usw.) hat, muss der Mietszins gezahlt werden. Die Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes sind streng inne zu halten.

Geschäftliches.



Unterhaltungsbeilage des „Volkswille“



Marat und der Sozialismus

Von **Hermann Wendel.**

Von Karl Marx ist überliefert, dass er ein sorgfältig mit Randnoten versehenes Exemplar von Marats „Ketten der Sklaverei“ besass, und in Sowjetrussland steht der Herausgeber des „Volksfreund“ erst recht in Gunst; in den letzten Jahren erschienen dort allein zwei Monographien dieser umstrittenen Persönlichkeit. Auch im westlichen Kulturkreis erweckt der Pamphletist, den im Sommer der Dolch der Charlotte Corday tötlich traf, immer wieder Interesse, wie nicht zuletzt die Abhandlung des amerikanischen Professors Gottschalk beweist, aber mehr noch auf den Grund geht die Studie, die ihn unlängst ein französischer Historiker, Gerard Walter, verdienstvoll nicht nur durch seine kritische Untersuchung der Pariser Septembermorde, gewidmet hat. Aller Romantisiererei abhold, Sagen zerstörend, auf Tatsachen und nur auf Tatsachen fussend, schildert das Buch weder den Teufel der gegenrevolutionären noch den verhinderten Engel der maratistischen Legende, sondern einen Menschen mit seinen Schwächen und Widersprüchen und seiner grossen Leidenschaft, der für Politik. Wie Jean Paul Marat war, steht er vor uns, ehrgeizig, eitel, selbstgefällig, voller Uebertreibung und Ueberreizung, im Extrem als seinem gewohnten Klima lebend, kühn bis zum Zynismus, aber menschliche Wärme eigentlich nie ausstrahlend, am wenigsten, wenn er der Weltgeschichte gegenüber mit seinen Prophezeiungen triumphierend Recht behielt. Und das er unheimlich oft Recht hatte, bekundete schon Napoleons Wort: „Wahrhaft volkstümlich machte ihn, ‚dass er 1790 voraussagte, was 1792 eintraf‘“.

Dass ein Gesichtsschreiber, der sich vordem ergiebig mit Thomas Münzer und den sozialen Kämpfen während der Reformation befasste, auch die Haltung Marats zur grossen Suppenfrage der Menschheit unter die Lupe nimmt, überrascht nicht, aber Walter geht doch wohl etwas zu weit, wenn er ihm ein kommunistisches Glaubensbekenntnis zuschreibt und ihn zum Anhänger der Klassenkampftheorie macht. Der Gott, zu dem Marat betete, hiess Rousseau, und von den allgemeinen Vorstellungen des Genfers über die beste Einrichtung der Gesellschaft entfernte er sich schon deshalb nicht, weil er in wirtschaftlichen Dingen ebenso unselbständig und kenntnislos war wie scharfsichtig und urteilsfähig in politischen Angelegenheiten. Immerdar ein fanatischer Fürsprecher der sozialen Gleichheit, ahnte er, sie durchzuführen, nicht einmal im Traum etwas von einer Möglichkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Vielmehr kam er über Rousseaus Ideal, einen präund antikapitalistischen kargen Spartanerstaat kleiner Eigentümer, kleiner Bauern, kleiner Krämer nicht hinaus. Schon in seinem Frühwerk, jenem 1774 gedruckten „Ketten der Sklaverei“, pries er als Vorbild ein Land, in dem „der Boden ungefähr gleichmässig unter den Bewohnern verteilt wäre“, ähnlich schlug er 1789 in seinem Entwurf zur Erklärung der Menschenrechte eine gesetzliche Beschränkung allzu grosser Vermögen und eine gewisse Güterteilung unter die völlig besitzlosen Bürger vor, und nicht minder entrüstete er sich 1790, dass das eingezogene Kirchengut nicht den Armen zugesprochen wurde. Sinnfälliger und auch törichter noch drückte er die gleiche Anschauung aus, wenn er zur Herstellung der wirtschaftlichen und sozialen Gleichheit das Niederbrennen der Paläste und Schlösser empfahl oder wenn er im Konvent ausrief, es gebe ein grosses Mittel, die Reichen auf die Klasse der Sansculotten herunterzubringen. „Es besteht darin, ihnen nicht soviel zu lassen, dass sie damit ihren Hintern bedecken können“. Sollte das wirklich Sozialismus heissen, so war es im äussersten Fall ein Kommunismus waldursprünglichster Art, und Walter selbt räumt ein, dass das Ganze auf einen Lieblingsgrundsatz der Kirchenväter hinauslaufe: „Nichts Ueberflüssiges gehört uns von Rechts wegen, solange andere am Nötigsten Mangel leiden.“

Aehnlich mit der Klassenkampfidee. Wohl erkannte Marat schärfer und früher als andere, dass der Gegensatz von arm und reich ein bewegendes Moment der Weltgeschichte sei. Wohl zürnte er, dass die Gesetze von den Reichen für die Reichen gemacht seien und deshalb keine bindende Kraft für die Armen hätten; den Diebstahl nannte er ein gutes Recht dessen, der sich auf andere Art nicht ernähren könne. Wohl betonte er scharf, dass die Revolution nur „von den unteren Gesellschaftsklassen, von den Arbeitern, Handwerkern, Kleinhändlern, Bauern“ gemacht worden sei, „von jenen Nichtbesitzenden, die die Reichen die Kanaille heissen, und die eine römische Unverschämtheit als Proletariat bezeichnete“, und zwar ohne dass sie für den Bastillensturm Dank geerntet, geschweige ihre Lage verbessert hätten. Aber wenn er in solchen Zusammenhängen von Klassen sprach, stellte er nirgends die Eigentümer der Produktionsmittel den Verkäufern der Arbeitskraft gegenüber, sondern in recht verschwommener Weise waren für ihn die Reichen eine Klasse und die Armen eine andere. Auch was er zur Beseitigung des Massenelends vorschlug streifte nicht einmal die später von Karl Marx ausgegebene Losung „Expropriation der Expropriateurs“. Dass die Gesellschaft dem Bedürftigen, wenn er sich durch seine Arbeit nicht selber zu erhalten vermöge, Unterstützung schulde, leuchtete auch ganz zahmen Girondisten ein, für öffentliche Arbeiten zur Beschäftigung der Arbeitslosen erwärmten sich auch andere, und auch die Anregung, den Lebensmittelwucher lediglich durch Bedrohung und Einschüchterung der Händler zu bekämpfen, zeugte nicht von tiefem Einblick in das Wirtschaftsgetriebe. Mochte Marat sich, Zehntausende, Hunderttausende von Köpfen heischend, noch so wild gebärden, so erinnert doch gerade seine Stellung zur sozialen Problematik an das Wort von Jaures, dass der „Volksfreund“ ein heftiges Temperament in den Dienst einer gemässigten Politik gestellt habe. Marat ein Sozialist, auch nur ein Vorläufer des Sozialismus? Mit nichten! Ein sozial empfindender, auf soziale Reformen erpichter Revolutionär? Ganz gewiss!

Für das Jahr 1793 ist auch das nicht wenig. Da der Unbeugsame die Sache des Volkes — und das war keine blutleere Abstraktion, sondern ein konkreter Begriff: die breiten Massen, die kleinen Leute, die von der Hand in den Mund Lebenden — zu der seinen machte, schuldet auch die Arbeiterklasse von heute dem beredten Anwalt „der fünfzehn Millionen, die in Frankreich vor Elend verschmachten und drauf und dran sind, Hungers zu sterben“, ein ehrendes Gedenken. Sein Standbild, das ihn zeigt, wie ihn Guiraut in seinem Nachruf schilderte: auf der Erde sitzend, ein Taschentuch um den Kopf geknotet, ein Schreibzeug zur Hand und ein paar Blatt Papier auf den Knien, erhebt sich darum mit Recht im volksreichsten und proletarischsten Pariser Bezirk, im Park der Buttes-Chaumont, wo im Mai 1871 die Kommune ihre letzte Patrone verschoss.

Das Lied vom „Und“

Walter Stähli

Die Welt, die Welt, die Welt ist rund,
und mitten drin steht gross ein Mund,
der hat uns viel zu sagen:
„Die Welt, die Welt, die Welt ist rund,
und zwischendrin da ist ein „Und“,
das muss die Welten tragen!“
Doch wenn einmal das Und zerbricht
wär dann die ganze Welt wohl nicht?
Das müssten wir uns fragen?!

Die Welt, die Welt, die Welt ist rund,
und dieses kleine, dumme Und,
das sollt die Welt verbinden?
Es schlängelt sich vom Ja zum Nein,
drum mag's vielleicht Verbindung sein,
könnt seinen Weg es finden.
Doch wer ein Ja und Nein vereint,
der wird sich schliesslich selber Feind
— aus innerlichen Gründen.

Die Welt, die Welt, die Welt bleibt rund,
zerschlag man selbst das grösste Und,
das Menschen — sich beschieden —
Setzt schnell dafür ein Order ein,
ihr könnt dadurch die Welt befrei'n!
Nur — das Vielleicht gemieden.
Ja — oder — Nein, die Grenzen klar!
Kampf gegen alles, was nicht wahr,
für Freiheit! Freundschaft! Frieden!

Das Brautpaar

Von **Feliop**

Anna Huber hat Karl Mörtel geheiratet. Wie sie sich gefunden haben, beide einsam auf dem Hotzenwald wohnend, soll hier unerwähnt bleiben.

Man muss nur sagen, dass sie viel jünger ist als er, eine stramme 25jährige, nicht gerade zu schön. Aber was braucht für Karl Mörtel, den 48jährigen, noch eine Frau schön sein? Sie ist für ihn das wahre junge Blut, dazu noch ein kräftiges Arbeitstier.

Er besitzt einen Hof, seine grösste Macht, den wird er gemeinsam mit Anna bewirtschaften.

Nach der Hochzeitsfeier, es war für beide ein „grosses Fressen“, ein seelisches und körperliches, für die Verwandschaft mehr das letztere, sinnen sie gemeinsam darüber nach, wie dieser Gedenktag (die Tage verfliegen doch nur so) unauslöschlich erhalten bleiben könnte. Und sie melden sich beim Photographen an, um ihre stattliche Begebenheit zu dokumentieren.

Es braucht drei Stunden Waldweg zu laufen, um in die nächste kleine Stadt zu kommen. Sie nehmen aber den Omnibus, die neueste technische Errungenschaft ihrer Gemeinde.

Mittlerweile stellen sie sich dem Photographen, einem alten, bedächtigen Herrn vor.

Doch ein Karl Mörtel muss erst in die Stadt zu seinem Onkel rennen, um sich einen Frack auszuleihen. Er besass nie einen. Wozu? Allzu oft macht Karl Mörtel nicht Hochzeit. Sonst gibt es ausser den Sonntagen für ihn nur schwere Werktage.

Inzwischen sitzt Anna Mörtel, eine gesunde, feuerrot verbrannte Magd auf einem alten, verpolsterten Stuhl und hat schmerzliche Gedanken.

Wie soll sie ohne Hochzeitskleid bleiben, wenn er unterwegs war, um sich einen Frack auszuborgen? Schliesslich war sie seine Braut. Das war es, was man sehen sollte. Hundert Postkarten liesse sie anfertigen, um sie im Dorf zu verteilen.

Aber sie wollte nicht ein Hochzeitskleid kaufen. Das war wie ein Karnevalsschmuck. Alle Jahre ihres Lebens trug sie feste rote, blaue Röcke fürs Feld, für die Küche, mit Blusen, die den schweren Brüsten Luft gaben. Mann konnte sich diesen Kleiderkauf ersparen. Das Festessen kam schon teuer zu stehen, das Photographieren war auch eine nicht unbeträchtliche Ausgabe!

Aber schliesslich war Hochzeit nicht immer Hochzeit. Ihre Not liess sie erfinderisch werden. Sie trug eine weisse, langärmelige Bluse mit Silberbrosche; wenn sie den Oberrock auszog, blieb ihr der Unterrock, der auch weiss war. Unten war er zwar eingebandelt, doch das würde man auf dem Bild gewiss kaum sehen. Ihre Idee schlug sie dem Photographen vor, der etwas stutzig wurde, aber mit der unumgänglichen Tatsache einverstanden war (es war sein gutes Geschäft!). Ein Kopfschleier lag sowieso in seinem Atelier, damit konnte er die Braut beglücken, auch mit Strohblumen am Blusenausschnitt.

Inzwischen kam Mörtel mit dem Frack, der ihm etwas zu lang im Aermel war.

Wie sie nebeneinander vor der Kamera standen, hielt er einen ausgeborgten Zylinder mit schwarzen Handschuhen — und seine junge geschleierte Braut.

Er stand etwas krumm, verarbeitet da, glatzköpfig. Die Braut wünschte, der Photograph möge die noch etwas behaarte Stelle des Kopfes berücksichtigen. Er entgegnete, dass das nicht nötig sei, man könnte ihm schon genügend Haare auf das Bild zeichnen.

Vor dem Augenblick der Aufnahme gab der Photograph dem Bräutigam noch einen kleinen Stoss ins Kreuz, dass er aufrecht stand, und erledigte seine Pflicht.

Das Bild, das sie nach einigen Tagen von sich sehen durften, gefiel ihr besonders, da niemand erraten konnte, woraus ihr Brautkleid in Wirklichkeit bestand.

Er war glücklich, noch so viel Haare auf seinem Kopfe vorzufinden.

Eine Wendenhochzeit.

Vierhundert Gäste trinken 12 Hektoliter — Unmenge Nahrungsmittel vertilgt

Bei den Wenden, dem in der Ober- und Niederlausitz ansässigen Volksstamm mit etwa 120 000 Angehörigen haben sich vor allem in den dörflichen Siedlungen neben der eigenen Sprache viele alte Gebräuche erhalten. Die wendischen Landleute halten eng zusammen und feiern, stets unter fast vollzähliger Teilnahme aller Stammesangehörigen, ihre alten Volks- und Familienfeste. Weitverbreitet sind in den wendischen Gebieten auch noch die überlieferten Volkstrachten.

Eine Veranstaltung von einer Art und einem Umfang, wie sie selten geworden sind, fand in diesen Tagen in einem kleinen wendischen Dorf statt: In Siebitz feierte die einzige Tochter Hanka des Bauern Krautschick ihre Hochzeit mit dem Bauerngutsbesitzer Benno Tschemmer aus Camina. Siebitz weist nur 10 Gehöfte mit insgesamt 67 Einwohnern auf, zur Hochzeit waren aber 400 Festgäste geladen und erschienen.

Neben Unmengen von Kuchen, anderem Gebäck, Geflügel, Würsten, Wein, Schnaps und anderen Kleinigkeiten, verzehrten die Hochzeitsgäste ein ganzes Rind, das 19 Zentner schwer war. Der grösste Teil des Rindfleisches war für die Bereitung des wendischen Nationalgerichts, Rindfleisch mit Meerrettich, das im Mittelpunkt der Schmauserei stand, verwendet worden. Ausserdem hatten vier Kälber und zwei Schweine von je 4 zentnern Gewicht ihr Leben lassen müssen. 12 Hektoliter Bier wurde dazu getrunken.

Wieviel Erwerbslose auf lange Zeit mit diesen Nahrungsmitteln hätten gesättigt werden können, darüber schweigt sich die Statistik leider aus.

Wiener Gespenstersonate

Von Ludwig.

Schwarzenbergplatz. Wer lässt sich heute von wem huldigen? Dollfuss? Der neue Herr Bürgermeister? oder Herr Handelsminister? Starhemberg? Nein. Diesmal huldigt man der schwarz-gelben Vergangenheit, symbolisiert im „Wehrmann in Eisen".

Eine Menge Polizisten sind da, damit das Volk von Wien seiner Begeisterung für die Regierung nicht allzu vehementen Ausdruck verleihe! Heimwehrleute (pro Mann 3,50 Schilling im Tag) und eine illustre Gesellschaft aus den Kreisen des Adels, der alten Wehrmacht. Sie tauchen auf wie aus einer Theaterversenkung. Karnevalsfiguren, Kavaliere echter Vorkriegsqualität, Fleischgewordene warnen aus der „Gesellschaftsrubrik" des Lippowitz-„Journals". Das „Volk", das zu dieser Regierung steht.

Die Frau Erzherzog ist da, mit dem Nadelsgesicht, aus dem zwei waschblaue Augen mokan: in die Menge starren, Damen mit Halsbändern, die den Kopf zusammenpressen, behandschuhte, gemiederte Offiziersweiber, die sich in der Sonne wiedererlangter Repräsentationsgelegenheiten tummeln, Generale, denen das Stiergenick aus dem etwas schäbig gewordenen Goldkragen quillt wie Germteig, der unter dem Eindruck der Wärme im Topf emporsteigt, Pfaffen, das Brevier überm Schlappbauch, Spiesser, die von Rührung überströmen, die „Arbeiterführer" des Regimes mit krummdevotem Rücken, Industrielle ohne Unterschied der Konfession und Rasse. Es tut sich was: Man stellt den Wehrmann in Eisen wieder auf.

Glatzen schwitzen in der Frühlingssonne. Man erwartet den Herrn Bundespräsidenten, der die Festrede halten soll.

„Waren Sie bei der Huldigung der Stände, Frau Major", Nicht wahr, grossartig! Reizend war das, wie das Bäckermädel dem Herrn Bundeskanzler das Salzstangel reichte!...

„Amelie, wo bist du morgen? Sitzung beim Verband christlichdeutscher Gagistenhausfrauen. Schade, ich habe gerade einen Tag für dich frei. Die Sorgen mit dem Frühlingsfest der katholischen Jungmädchen..."

Frau Oberstleutnant! Frau Obfrau! Oh, die Frau Präser!...

Herr Minister! Herr Kommerzialrat! Exzellenz!...

Der Bundespräsident erscheint. Musik, Begrüssungsreden. Tusch.

Miklas: Die Bundesregierung hat beschlossen...

Er verzieht beim Sprechen schief den Mund. Am Ring stehen Arbeiter in Gruppen. Die geballten Fäuste in den Taschen.

* * *

„A propos Dollfuss! Warum Sie schon in der Liliputanerausstellung im Prater? Ich sage Ihnen, pyramidal!"

Man hat den armen Krüppeln ein Dorf aus Holz und Pappe aufgebaut und dort hausen sie für einige Stunden, begafft von dummen Spiessern, die meinen, es gäbe irgendwo in der Welt ein Land, wo diese Zwerge geboren werden.

Männlein und Weiblein, Gesichter wie Fötusse im Weingeist, zirpende Stimmen, faltenreiche Hände.

In dem Liliputanerdorf gehts autoritär zu, wie in Wien selbst. Einer mimt den Bürgermeister, ja das bedauernswerte Kretin hält eine Ansprache an das Zwergenvolk. Laut Vertrag.

„Wir lieben unser Dorf über alles! Wenn wir wollen, dann wird dieses Dorf das grösste Dorf der Welt werden. Aber Ordnung muss sein, sonst..."

„Heil Dollfuss!" schreit einer aus der Zuschauermenge. Es ist kein Wachmann in der Nähe.

* * *

Bei einem Heurigen unweit von Mauer. Der brave Wiener Bürger packt umständlich seine Schnitzel aus, sucht ein Taschenmesser und beginnt zu kauen. Er unterbricht sich nur in seiner Tätigkeit, wenn er ein Glas Wein hinter die Binde giesst. Kinder quitschen, Liebespaare rücken näher, in periodischen Abständen verschwinden die Männer hinter einem Holzverschlag. Ein Bauchredner taucht auf, steigt auf einen Stuhl und beginnt seine Vorführung. Andächtiges Lauschen, als er seinen „Gehilfen" aus einem Koffer zerrt.

„Hier sehen Sie meinen Gehilfen Engelbert! Ein liaber Schneck, net wahr? A bissel kurz gewachsen ist er, der Pamperletsch, aber a gscheiter Bua. Wirst stad sein, Lauser! Gredt wird nix, du bringst mi ja no vors Standgericht! Waas, dös macht nix? Du bist a feiner Herr! Du lässt dirs Reden net verbieten? Stad sein, sag i! Also erzähl den Herrschaften, wie's dir geht! Waas sagst, a Kriminalbeamter is da? Aber dös is nur a Einbüldung, bei uns darf ma derzöhln, was ma wüll. Stier bist? Na ja, dös sa ma alle. Es wern scho andere Zeiten kumma. Was sagst von Bezüglich? Bezüglich ist heut auszüglich. Stad sein, sonst schias i mit Kanonen. Was, dös lasst dir net gfolln? Als freier Wiener? Die Pappen wirst halten, dalkerter Bua!"

Alles wittert die Nebenabsichten dieses Dialogs und selbst die Spiesser lachen befreit.

„Engelbert, du Raubersbua, jetze mach ma Schluss!" endet der Bauchredner. „Was, du wüllst net eina? Er packt die Figur beim Kopf.

„I reiss dirn oba, den Schädel!"

Hilfe, Staatsanwalt, Standgericht! Wo ist der Henker? Hilfe!"

Ueber allen Tischen liegt breites Wiehern.

Das Seil

Von J. Rino.

Zusammen mit zwei Freunden, Matthews und Raid, zog ich in die Gegend von San Juan, im Colorado, auf die Suche nach Silbererz. Fern von den anderen Silbergräben steckten wir ein Grundstück ab und hoben einen sieben Meter tiefen Schacht aus, bis wir auf Gestein stiessen. Es war tatsächlich eine Silbererzader, die wir nun seitlich verfolgten, bis wir einen zehn Meter langen wagrechten Stollen hatten. Das gesprengte Erz förderten wir mit Hilfe eines meterhohen eisernen Bottichs zutage, der an einer über dem Schachteingang aufgestellten Handwinde hing. Diesen Bottich benützen wir auch als Förderkorb, um „unter Tag" zu fahren und um unser winziges Bergwerk wieder zu verlassen.

Eines Tages hatten wir an der Abbaufläche ein tiefes Sprengloch gebohrt und es mit Schiesspulver gefüllt. Zum Glück hatten wir nur Schiesspulver und kein Dynamit! Ich steckte die Zündschnur in das Loch und stopfte Steinstücke u. Steinstaub um die Schnur herum, leider keine Erde. Das ganze stampfte ich fest nieder, dann begab ich mich zum Schacht, um meine beiden Gefährten, die schon „am Tage" waren, zu verständigen, dass ich nun die Sprengung vornehmen würde. Sie sollten sich bereithalten, mich mit dem Förderkorb hinaufzuziehen. Hierauf kehrte ich zur Sprengstelle zurück, setzte die Zündschnur in Brand, die nur wenige Zentimeter herausragte, überzeugte mich, dass sie ordnungsgemäss glimmte, und lief zum anderen Ende des Ganges, wo ich in den Förderkorb sprang.

„Auf" rief ich.

Der Förderkorb stieg einige Meter, dann gab es einen Ruck, und er stürzte mit lautem Getöse auf den Schachtboden. Das Seil war gerissen!

Der Bottich war umgekippt, und ich lag halb bewusstlos auf dem Felsboden. Aber die Alarmschreie meiner Gefährten liessen mich meine verzweifelte Lage erkennen. Mit schmerzenden Gliedern richtete ich mich auf und blickte um mich.

Kaum zehn Meter von mir war die Sprengstelle. Von einem Augenblick zum anderen würde die ganze Abbaufläche in die Luft gesprengt werden, und der Gang würde einem ungeheuren Kanonenrohr gleich die ganzen Gesteinmassen gegen mich schleudern. Es gab keine Nische, keinen Spalt, worin ich mich in Sicherheit hätte bringen können. Ich blickte auf den umgekippten Förderkorb und dann in die Höhe. Im hellen Sonnenlicht sah ich die totenbleichen, verzerrten Gesichter meiner beiden Freunde. Von der quer über dem Schachteingang liegenden Windenspule hing ein Stück Seil herab.

Ich stürzte zur Sprengstelle, um die Schnur zu löschen, aber es war zu spät: Das herausragende Stück Zündschnur war schon verbrannt, und das Feuer frass sich nun langsam, aber unerbittlich im Fels weiter.

Ich griff nach dem auf der Erde liegenden Bohrer und versuchte, damit den Steinstöpsel zu lockern, mit dem ich das Sprengloch zugestopft hatte, um so zur Zündschnur zu gelangen. Leider hatte ich die Arbeit gar zu gewissenhaft ausgeführt. Der Steinstöpsel war fest wie der Fels selbst. Ich gab jeden weiteren Versuch auf und eilte zum Schachtboden zurück.

Es war schon über eine Minute verstrichen, seitdem ich die Zündschnur in Brand gesteckt hatte, es konnte also höchstens vierzig oder fünfzig Sekunden zur Sprengung fehlen.

„Wirf mir das Ende des Seils wieder herauf!" schrie Matthews.

Ich befolgte seinen Rat, aber vergebens: Das Seil fiel immer wieder herab. Es war furchbar, so sterben zu müssen, wie eine Maus in der Falle! Ich versuchte, den Schacht hinaufzuklettern, kam aber kaum einen Meter hoch. Der Schacht war wohl eng, aber nicht so eng, dass ich mich wie bei einer Klettertour im Gebirge mit auseinandergespreizten Beinen und Armen gegen die Wände hätte stämmen können. Es mochten noch wenige Sekunden fehlen. Dann.....

In diesem furchtbaren Augenblick fiel mein Blick von neuem auf den umgestürzten Förderkorb. Blitzschnell fuhr mir ein Gedanke durch den Sinn.

„Ich will's versuchen!" stammelte ich vor mich hin.

Rasch stellte ich den Eisenbottich auf und sprang hinein. Dann duckte ich mich nieder, so weit es ging. Aber all meinen Anstrengungen zum Trotz gelang es mir nicht, den Kopf ganz unter dem oberen Rand des Bottichs zu verbergen. Ich verrenkte meine Glieder, neigte das Gesicht, so tief ich konnte, doch ohne Erfolg: Mein Schädel blieb unbedeckt.

Da rief mir Matthews mit schreckheiser Stimme zu:

„Hier, Tom, klammere dich an das Seil!"

Er hatte mir ein anderes Seil herabgeworfen. Ich spürte, wie sein Ende mich am Halse streifte. Sollte ich mich aufrichten, meine halbwegs gedeckte Lage verlassen? Bestand nicht Gefahr, dass die Sprengladung explodierte, noch ehe mich meine beiden Gefährten über die Höhe des Ganges hinaufgezogen hatten? Ich beschloss mich nicht zu rühren. Und es war ein rettender Entschluss.

Denn schon im nächsten Augenblick hörte ich ein ohrenbetäubendes Krachen und Getöse, als ob die Erde entzweigeborsten wäre. Dann wurde es mir schwarz vor den Augen, und ich verlor die Besinnung. Hätte ich mich aufgerichtet, um nach dem Seil zu greifen, wäre ich von tausend Steingeschossen getroffen worden, die wie aus der Mündung eines gewaltigen Kanonenrohres gegen den Förderkorb und über ihn hinweg gegen die Schachtwand prasselten.

Als ich die Augen öffnete, lag ich im Freien. Neben mir kauerten meine beiden Freunde. Am Kopf spürte ich einen furchtbaren Schmerz. Blut rann über das Gesicht. Ein Erzstück hatte meinen Schädel gestreift und einen langen, breiten Streifen der Kopfhaut weggerissen. Es war geradezu ein Wunder, dass es mir nicht die Schädeldecke zertrümmert hatte!

Nach zwei Wochen war die Verletzung halbwegs geheilt. Ich verkaufte meinen Anteil am Bergwerk und zog von dannen. Ich wollte von einer Arbeit „unter Tage" nichts mehr hören.

Johannisnacht.

Die Feier der Sommersonnenwende (24. Juni) führt zurück auf die Heidenzeit. Jedesmal, wenn die Sonnenwende herankam, wurde bei den alten germanischen Völkern eine grosse Feier abgehalten, und besonders freudig wurde stets die Sonnenwende im Sommer begrüsst. Denn nun standen die Feldfrüchte vor der Reife, die warme Jahreszeit hatte im kühlen Norden mit seinen grossen Wäldern und Sümpfen wirklich begonnen.

Am Abend wurden draussen im Freien, besonders auf Bergen und Anhöhen, grosse Feuer angezündet, die Not- und Reinigungsfeuer. Wer über sie hinwegsprang, dem konnten im nächsten Jahre die bösen Geister nichts anhaben, ebenso war nach dem alten Volksglauben Vieh, das zwischen die Feuer getrieben worden war, im nächsten Jahr vor Krankheiten geschützt.

Noch heute flammen am Tage der Sommersonnenwende vielerorts bei eintretender Dunkelheit die Feuer auf. Auch ein Teil des Pflanzenkults der alten Heidenzeit ist bis auf unsere Tage gekommen. Noch immer gilt im Volksglauben der Saft des Johanniskrautes als ein Mittel gegen mancherlei Krankheiten und Gebrechen, und noch immer wird der Tag der Sommersonnenwende als ein Tag angesehen, dessen Wetter die Witterung der kommenden Monate bestimmt.

Schon eine ganze Woche und noch länger vor dem Tage, da die Sonne wieder einmal ihren Hochstand erreicht hat, gehen in den Dörfern die Jungen von Haus zu Haus, um das Feuerungsmaterial für die Sonnenwendfeuer einzusammeln. Alte Kisten und Kasten, Besenstiele, Teerfässer, morsche Bretter, alles was brennbar ist und nicht mehr gebraucht wird, kommt auf einen Wagen, um dann für die Sonnenwende aufgestapelt zu werden. In manchen Gebirgsgegenden werden zur Sommersonnenwende auch brennende Räder von den Bergen abgelassen. Das Hinabgleiten in die Täler gibt oft einen sehr schönen Anblick; denn die Funken stieben nach allen Seiten auseinander. Das kann naturgemäss nur an öden Stellen unternommen werden, wo Kulturgewächse nicht beschädigt werden können. Dabei gibt es in den verschiedenen Gemeinden Ehren- und Liebesräder. Manche Räder fahren zu Ehren einer geliebten Person brennend in das Tal und werden auch oft mit dem Namen des Mädchens beschrieben, andere Räder gehen in das Tal zu Ehren einer im Dorfe oder in der Nachbarschaft geehrten Persönlichkeit. Heute beteiligt sich an den Sonnenwendfeuern fast nur noch die Jugend, die Alten sehen nur zu oder ermuntern wohl auch wieder einmal zum Wiederauffrischen der Feuer.

Die Verwendung der Flugzeuge in der russischen Landwirtschaft.

Russland nimmt nach den neuesten Meldungen die dritte Stelle in der Welt in bezug auf die Länge der beflogenen Luftlinien, die sechste in bezug auf die Zahl der FlugzeugPassagiere, die dritte in bezug auf den Flugzeug-Postverkehr, und die erste in bezug auf die Verwendung von Flugzeugen in der Landwirtschaft ein. 1933 sind 42 000 Passagiere transportiert worden; auf einer Fläche von 429 000 Hektar bekämpften Flugzeuge Pflanzenschädlinge und auf einer Fläche von 587 000 Hektar wurde Feuer- und Malariaschutz gewährt. Im laufenden Jahre soll die Zahl der Passagiere um 40 Prozent, der Postverkehr um 93 Prozent, und der Warenverkehr um 120 Prozent erhöht werden.

Marxisten am Werk.

Aktionsprogramm der Sozialistischen Regierung Dänemarks.

Kopenhagen, im Juni 1934.

Nach der belgischen Arbeiterpartei hat jetzt auch die dänische Sozialdemokratie ein Aktionsprogramm beschlossen. Der erweiterte Hauptvorstand, der gemeinsam mit den Fraktionen der beiden Kammern des Reichstages tagte, stimmte ihm unter grossem Beifall einmütig zu.

Das Programm hat besondere Bedeutung dadurch, dass die dänische Sozialdemokratie seit 5 Jahren Regierungspartei ist. Das dänische Kabinett, das sich aus 8 Sozialdemokraten und 3 Radikalen zusammensetzt, steht unter der Führung des Staatsministers, Genossen Stauning, der auch das Aktionsprogramm verkündete.

Es beginnt mit einem Appel an alle Schichten der Bevölkerung, die unter der kapitalistischen Wirtschaftskrise zu leiden haben, an die Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft, an Bauern und Kleinbauern, Fischer, Beamte, Handels- und Gewerbetreibende, an alle Hand- und Kopfarbeiter, sich zu einer positiven Politik zusammenzufinden, um im Lande gesunde und geordnete Verhältnisse zu schaffen. Die Produktionsform, welcher die Sozialdemokratie zustrebe, werde zweifellos den Kapitalismus ablösen. Man sei sich aber dessen bewusst, dass diese eine ständig fortgesetzte Entwicklung verlange, die man nicht überspringen könne. Es sei deshalb das nächste Ziel der Sozialdemokratie, während der Umbildung der Gesellschaft, die ständig vor sich gehe, eine ständig kontrollierte Produktion und Umsatz zu sichern.

Der Freihandel und das alte liberale System seien zusammengebrochen. In allen Ländern versuche man ein neues System aufzubauen. Ohne Rücksicht auf politische Standpunkte zeige sich in allen Ländern das Gemeinsame, dass man übergehe zu einer Planwirtschaft mit besonderem Schutz der Eigenproduktion und Kontrolle des Handels.

Die Weltkrise habe eine solche Entwicklung notwendig gemacht und es sei die Aufgabe der Sozialdemokratie, die Entwicklung besonders zu fördern. Die furchtbare Weltkrise sei eine Folge von Krieg und Kapitalismus. Es sei deshalb erforderlich, dass die politischen Kräfte der Länder, die noch auf parlamentarischen und demokratischen Grundsätzen beruhen, in ihren Ländern eine Entwicklung herbeiführen, die nach einem festen vorausschauenden Plan für die Produktion und Verwaltung der Gesamtheit vor sich gehe.

Nach dieser grundsätzlichen Einleitung wird dann die Stellung der Sozialdemokratie im Einzelnen erörtert. Greifen wir die wichtigsten Fragen heraus, die auch über Dänemark hinaus Interesse haben.

Die Autarkiebestrebungen in allen Ländern, sowie die anormalen Valutaverhältnisse machen es nötig, die Kontrolle ausländischer Zahlungsmittel sowie des Imports und Exports (Valutazentrale — D. Verf.) nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern auszubauen. Dadurch, dass der Staat durch seine Gesetze und Schutzmassnahmen in weitem Ausmasse als ökonomischer Helfer der Industrie auftritt, ergeben sich gewisse Konsequenzen.

Es wird deshalb gefordert:

Verschärfte Kontrolle der Aktiengesellschaften, ihrer Ausschüttungen und ihrer Preispolitik.

Sozialisierung der Banken und Versicherungsgesellschaften.

Sozialisierung der bereits staatskontrollierten Unternehmungen, wie Spritfabriken, Zuckerfabriken, sowie die Rohstoffproduktion von Rüben und Kartoffeln. Auch beim Handel mit Wein und Spiritus, in der Zigarren- und Zigarettenproduktion, sowie die Biererzeugung müsste die Frage der Sozialisierung geprüft werden.

Modernisierung der Schiffahrt durch Gesetzgebung, mit besonderer Berücksichtigung der berechtigten Forderungen des Schiffspersonals.

Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten durch Bodenkultivierung, Erschliessung von Heidedistrikten, Hausreparaturen und Wohnungsbau auf dem Lande, Oeffentliche Arbeiten an Wegen, Beförderungsmitteln.

Verkürzung der Arbeitszeit durch Gesetzgebung, so dass alle Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen Arbeit bekommen können, besonders auch die unter der Krise leidende arbeitslose Jugend.

Mitwirkung der organisierten Arbeiter durch ihre Organisationen in den Betrieben, da diese für die Arbeiter von ebenso grosser Bedeutung sind, wie für die Vertreter des Kapitals.

Weiterer Ausbau der Sozialgesetzgebung, Sicherung und Ausbau des Mieterschutzes.

Keine Einschränkung der Frauenarbeit. Die Sozialdemokratie anerkennt die Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne und kann nicht mitwirken bei Ausnahmegesetzen gegen die Frau.

Für die besonderen Verhältnisse der Landwirtschaft wird gefordert:

Fortsetzung der Planwirtschaft in der Landwirtschaft.

Stabilisierung der Preise.

Regulierung der Märkte.

Umfassende Schuldensanierung, jedoch mit der Bedingung, dass die Besitzer, die die Unterstützung des Staates bekommen, nicht in der Lage sind, sich durch Verkauf des Eigentums oder unkontrollierte neue Schulden Vorteile auf Kosten der Gesamtheit zu verschaffen.

Fortsetzung der Siedlungspolitik und Schaffung neuer Kleinbauernstellen zu tragbaren Bedingungen.

Zusatzland für zu kleine Betriebe, eventuell durch Enteignung.

Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für Landarbeiter.

Zu diesen ökonomischen Forderungen kommen kulturelle Forderungen:

Modernisierung des Schulwesens, Verlängerung der Schulzeit, Ausbau der Abend- und Fortbildungsschulen, Arbeitsschule, Ausbildung der Mädchen zu tüchtigen Hausfrauen.

Um die parlamentarische Möglichkeit für die Durchführung all dieser Forderungen zu sichern, wird gefordert:

Abschaffung der ersten Kammer, Einkammersystem.

Verbesserung des Wahlgesetzes, durch das eine Zersplitterung der Wähler verhindert wird und Phantasten, Sportpolitikern und reaktionären Elementen eine Verwirrung der Wähler unmöglich gemacht wird. Gerechtes Verhältniswahl-System.

Am Schluss bekennt sich die dänische Sozialdemokratie zu einer Politik auf gesetzlicher Grundlage. Sie gelobt schärfsten Kampf gegen alle Diktaturbestrebungen, seien es Kommunisten oder Faschisten.

Sie fordert eine fortgesetzte Zusammenarbeit mit den Nationen, die auf dem Boden der Demokratie stehen, besonders mit den nordischen Ländern.

Das ausgezeichnete Aktionsprogramm, das im ganzen Lande einen tiefen Eindruck gemacht hat, schliesst mit einem Appel zur Volksgemeinschaft und der Forderung: Dänemark für das Volk!"

Wir dürfen unsere dänische Bruderpartei zu ihrem neuen Vorstoss beglückwünschen. Es ist ein Beweis für die lebensvolle und gesunde Realpolitik, die sie stets ausgezeichnet hat. Mit ihm wird sie neue Massen mobilisieren und ihren Vormarsch fortsetzen können. Der gerade veröffentlichte Bericht des Jahres 1933 zeigt, dass es ihr im abgelaufenen Jahre gelang, die Zahl der Ortsvereine von 1153 auf 1203 und die Zahl der Parteimitglieder um 10 491 zu erhöhen. Während der fünf Jahre ihrer Regierungsbeteiligung konnte sie ihre Mitgliederzahl um 41 000 steigern, so dass jetzt 190 070 Mitglieder gemustert werden. Das Ziel ist, im laufenden Jahre die Zahl von 200 000 organisierter Sozialdemakraten zu erreichen.

Mit dem aktuellen und wirkungsvollen Aktionsprogramm, Hand in Hand mit der gesunden und frisch zupackenden Politik der Regierung Stauning, wird sie dieses Ziel sicher erreichen. J. K.

Zum Staatsstreich in Bulgarien.

Aus Bulgarien erhält die „Internationale Information" folgende Darstellung der Ereignisse und der Haltung der bulgarischen Sozialdemokratie:

Zum zweiten Male seit 1923 erlebte unser Land, und zwar am 19. Mai, **einen militärischen Umsturz.** Ein Teil des Militärs, zusammen mit der Sofioter Garnison, stürzten in der Nacht zum 19. Mai die Regierung Muschanoff, die sich aus den Gruppen des Nationalblocks: Demokraten, Agrariern und National-Liberalen, zusammensetzte und aus dem Parlament hervorging, und übertrugen die Regierungsmacht den Verschwörern, die dem politischen Kreis „Sveno" und dem Militär angehören, mit Kimon Georgieff als Ministerpräsident an der Spitze.

Es war ein rein militärischer Umsturz. Die Armee wurde als Werkzeug zum Sturz der einen und Erhebung der anderen Regierung benützt.

Die neue Regierung hat weder in öffentlichen noch in politischen Kreisen eine Stütze. Ihre Kraft beruht in der Armee und sie will als unparteiisch gelten. Der Regierung gehören drei Minister aus der Zankow'schen 9. Juni-Regierung an, welche im Jahre 1923 ebenfalls durch militärischen Umsturz ans Ruder kam; zwei derselben hatten dann später Zankow verlassen und begründeten den politischen Kreis „Sveno", und zwar handelt es sich um: Kimon Georgieff, gegenwärtig Ministerpräsident, früher Minister der bulgarischen Staatsbahnen, und Peter Todoroff, Finanzminister, früher ebenfalls Finansminister. Dagegen verblieb der Kultusminister, Janaki Moloff, welcher früher im Kabinett Zankow das Landwirtschaftsministerium inne hatte, auch weiterhin in der Zankow'schen Partei und figuriert heute im Kabinett als sein Vertreter.

Die neue Regierung wurde ohne Enthusiasmus, mit Schweigen, begrüsst. Gleich in den ersten Tagen nach dem Regierungsantritt löste sich das Parlament auf und erklärte, dass es vorerst nicht einberufen wird und ein Ständeparlament seine Rolle übernehmen soll; die gesamte Presse wurde unter Zensur gestellt, alle Versammlungen wurden verboten, die Gesetzgebung wird durch Dekrete ersetzt, alle politischen Parteien werden aufgelöst.

Fast alle bürgerlichen Parteien haben ihre Flagge eingezogen und erklären, die neue Regierung unterstützen zu wollen.

Selbstverständlich hat dies die Sozialdemokratische Arbeiterpartei nicht getan und wird sich dazu auch nicht herbeilassen. Der Zentralausschuss der Partei trat bereits am Tage des Umsturzes zusammen, um seine Beziehungen und den Parteistandpunkt hinsichtlich des Umsturzes und der Regierung klarzustellen. Der Ausschuss arbeitete folgende Erklärung aus:

„Die Ereignisse während der Nacht zum 19. Mai wurden von dem Zentralausschuss der SDAP noch am gleichen Nachmittage, als die Blockade aufgehoben wurde und der Ausschuss zusammentreten konnte, geprüft und verurteilt.

„Der Zentralausschuss erklärte sich einstimmig gegen den Umsturz, indem er mit Bedauern und grösster Sorge für das künftige Schicksal Bulgariens die Einmischung der Armee zum Sturze und zur Einsetzung on Regierungen verurteilte und als Prätorianerherrschaft bezeichnete.

„Der Zentralausschuss ist tief beunruhigt und empört über diesen furchtbaren Schlag gegen die Konstitution und das Parlament und hält es für seine Pflicht, öffentlich gegen den erfolgten Umsturz zu protestieren.

„Der Kampf um die politischen Freiheiten und Verfassungsrechte wird fortgesetzt.

„Aufgabe der nächsten Tage ist, die Schaffung einer Volksregierung zum vollen Schutz der Arbeitermassen, Abschaffung der Korruption und zur Durchführung durchgreifender wirtschaftlicher, finanzieller, budgetärer, administrativer und anderer Reformen.

„In diesem Sinne wird die SDAP ihre Tätigkeit fortsetzen. Der Zentralausschuss."

Dieses Kommunique konnte jedoch nicht gedruckt werden, da dies von der Zensur nicht zugelassen wurde.

Das Parteiorgan, die Zeitung „Narod", erscheint, jedoch unter strengster Zensur.

Unsere Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert doch werden wir auch jetzt die Möglichkeit finden, unsere Idee und unsere Kräfte zu wahren.

London unter sozialistischer Verwaltung.

In einem Artikel, der von der Pressekorrespondenz der Britischen Arbeiterpartei veröffentlicht wird, erklärt Herbert Morrison, der sozialistische Führer des Londoner Grafschaftsrates, dass die sozialistische Mehrheit des Grafschaftsrates seit dem Sieg bei den März-Wahlen ohne Zeit zu verlieren an die Ausführung ihres Programmes gegangen sei. Viel Zeit musste dazu verwendet werden, die Maschinerie des Stadtrats unter den neuen Bedingungen in Bewegung zu setzen; trotzdem hat die sozialistische Mehrheit bereits eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefasst, die in Kürze folgende sind:

Einige der unwürdigsten „Sparmassnahmen" der vorhergehenden konservativen Verwaltung im Schulwesen wurden aufgehoben. Das von den Konservativen ebenfalls eingesetzte besondere Komitee für die Kontrolle der Selbstverwaltungsausgaben, dessen Amt es war, das berüchtigte „Einsparungs"-Programm durchzuführen, das von dem im Jahre 1932 von der „nationalen" Regierung eingesetzten Komitee zur Ausarbeitung von Sparmassnahmen in der Selbstverwaltung in England und Wales vorgelegt wurde, wurde aufgehoben.

Gegen die Erstellung von Wohnbauten auf einem Grundstück in Clapham erhoben besitzende Kreise Einspruch, damit nicht der Wert ihrer Besitzungen durch die unmittelbare Nachbarschaft von Arbeitern beeinträchtigt werde. Die frühere konservative Mehrheit beschloss daraufhin, das Grundstück zu verkaufen. Die Sozialisten haben nun diesen Beschluss widerrufen. In Clapham werden in nächster Zeit Wohnkolonien erstehen!

Es ist beschlossen worden, durch den Fürsorgeausschuss des Rates keine verheirateten Männer in die staatlichen Arbeitsumschulungskurse zu senden, ausser in Ausnahmefällen. Die Wochenstundenzahl für Arbeitslose in den Arbeitsumschulungskursen ohne Wohnzwang ist von 32 auf 20 herabgesetzt worden.

Die Waterloobrücke, eine der wichtigsten Brücken Londons, ist schon Jahren baufällig und trotz endloser Diskussionen wurde noch nichts über ihr Schicksal beschlossen. Die sozialistische Verwaltung hat nun den langwährenden Skandal beendigt, indem sie beschloss, die alte Brücke abzureissen und eine prächtige neue zu bauen, die sechs Verkehrsstrassen Raum bieten soll.

Das Finanzkomitee des Rates hat Vorkehrungen im Finanzgesetz getroffen, das nun dem Parlament vorliegt, um das Ausgabenkapital zu vergrössern, das dieses Jahr, insbesondere für Wohnbauten, benötigt werden wird.

Eine Konferenz von Fachleuten über Erziehungswesen aus Gross-London wird vom sozialistischen Grafschaftsrat einberufen, um die Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion zwecks gesetzlicher Erhöhung des Schulentlassungsalters auf 15 Jahre zu untersuchen.

„Volksfeiertage" (Commonwealth Day), ohne jeden militärischen Anstrich, wurden statt der unpopulären „Reichsfeiertage" (Empire Day) festgesetzt, die jährlich am 25. Mai stattfanden und von den Konservativen für imperialistische Propaganda in den Schulen ausgenützt wurden.

Was die Bautätigkeit anbelangt, sind noch einige weitere Elendsquartiere ins Säuberungsprogramm aufgenommen worden. Die sozialistische Mehrheit ist entschlossen, das Programm zur Beseitigung der Elendswohnungen in einer kürzeren Zeit als wie ursprünglich festgesetzt, in 10 Jahren, durchzuführen. Damit eine Anzahl von Elendsvierteln abgerissen werden kann, wurde der Hygieneausschuss, der sich mit der Beseitigung der Elendsquartiere befasst, erweitert. Die frühere konservative Mehrheit hatte in ihrem Wohnbauprogramm Häuser minderwertiger Bauart für die Armen vorgesehen. Die Arbeitermehrheit hat erklärt, sie werde in ihrer Bautätigkeit keine weiteren Häuser dieses Typus errichten.

Das Finanzkomitee des Rates wurde beauftragt, die Durchführbarkeit einer Gemeindebank für London zu untersuchen. Beschlüsse wurden gefasst, um die unumgänglich notwendig gewordene Vergrösserung des Pfleg- und sonstigen Personals in den Spitälern durchzuführen. Die Verteilung von Mahlzeiten für Kinder in den Schulen wurde wieder eingeführt und dafür ein besonderer Beamter eingesetzt.

Zu den oben genannten Beschlüssen kommen noch Aenderungen, die auf administrativem Wege vollzogen wurden, also keines Ratsbeschlusses bedürfen und die von den Londonern als wohltuend empfunden werden.

Roter Sport.

30 der besten Ringer kämpfen um den Titel.

In Janow veranstaltete die Schwerathletiksparte die schlesischen Meisterschaften im Ringen, die einen reibungslosen Verlauf nahmen. Matten- und Punktgericht, sowie die Organisation klappten vorzüglich. Die Kämpfe selbst standen technisch auf hoher Stufe und erbrachten in mehreren Klassen den Beweis, dass der Nachwuchs bald unter den Klassenringern zu finden sein wird, was in der Hauptsache von dem jungen, äusserst talentierten Halbschwergewichtler Maga von Vorwärts Bielsko zu sagen ist. Die Ergebnisse sind folgende: **Fliegengewicht:** Jarzombek, Siła Janow, Wrona, Siła Janow und Zdechlik, Przyszłość Kończyce. **Bantamgewicht:** Pawlowski, Siła Janow, Musiol, Przyszłość Kończyce und Czypionka, Siła Janow. **Federgewicht:** Jasiński, Madeja, beide Siła Janow. **Leichtgewicht:** Hodurek, Vorwärts Bielsko, Sitko und Palka, beide Siła Janow. **Mittelgewicht:** Andros, Siła Janow, Pasterny, Siła Chwałowice, und Stalmach, Siła Janow. **Halbschwergewicht:** Maga, Vorwärts Bielsko und Adamczyk, Siła Chwałowice.

Vertreten waren 7 Vereine. Leider fehlen in unserer Sparte noch die Schwergewichtler. Diese Kalamität wird wohl nicht so schnell abgestellt werden können, da es tatsächlich im Allgemeinen an schweren Männern mangelt.

spielfrei. Ebenso werden die Spiele im Rybniker Bezirk fortgesetzt.

Handballkämpfe auf dem Naprzódplatz

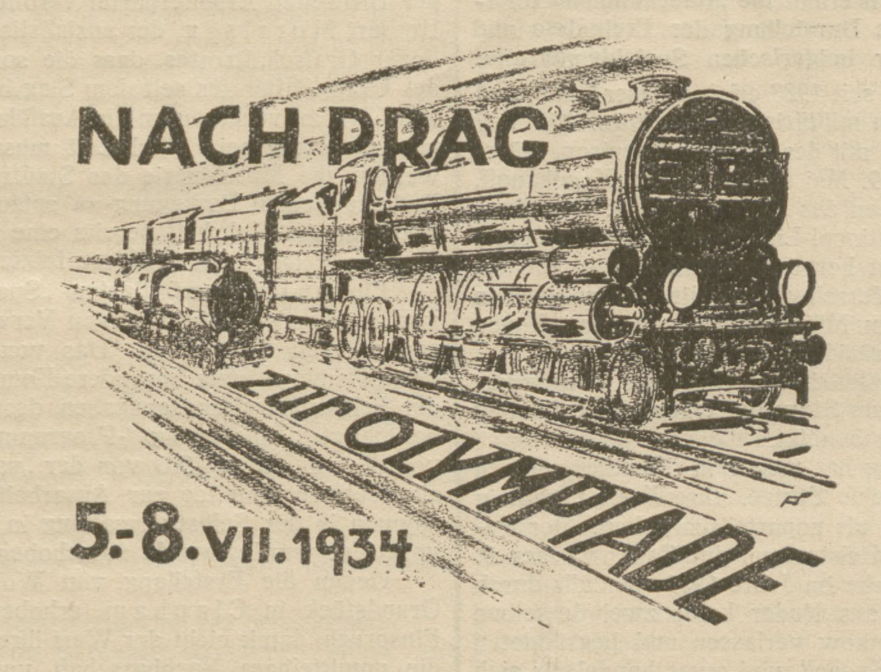
Die Freien Turner haben sich für diesen Sonntag den Serienmeister der D. T. verschrieben. Es ist des Jugendkraft Peter-Paul. Die Spiele steigen am Vormittag zu den gewohnten Zeiten. Nach dem Sieg über Pogoń ist den Turner wohl auch ein Sieg über Jugendkraft zuzutrauen.

Wichtige Versammlung der Kattowitzer Freien Turner.

Am Mittwoch, den 27. d. M., hat der genannte Verein eine Versammlung einberufen, die von eminenter Wichtigkeit ist. Wir ersuchen daher alle Mitglieder, dieselbe unbedingt zu besuchen. Beginn 8 Uhr im Saale des Centralhotels.

Schauturnen des A. T. V. Vorwärts Bielsko

Wie alljährlich, veranstaltet auch heuer wieder der genannte Verein ein Schauturnen in grösserem Rahmen, welches an diesem Sonntag auf dem BBSV-Sportplatz in Bielsko stattfindet und zu welchem alle Vereine eingeladen werden. Die Rundschreiben sind ja durch den Bezirk ergangen.



Verbandsspiele der Fussballer auch in Rybnik

Der Rybniker Unterbezirk greift nun auch in die Verbandsspiele ein und trug folgende Begegnungen aus:

RKS Ruch Niedobczyce — RKS Jedność Knurów 6:2 (2:1).

RKS Wolność Obszary — RKS Naprzód Czyżowice 4:3 (1:2).

In einem Freundschaftstreffen schlug die Siła Łaziska Górne den Kattowitzer ŻRKS Hapoel mit 6:1 (6:0)

Am Sonntag werden die Verbandsspiele fortgesetzt. Es treffen sich Platzbauer erstgenannt:

Gwiazda Borki — TUR Szopienice
Siła Giszowiec — Biała Przemsza Jeżor
Siła Janów — Naprzód Roździeń
Naprzód Chorzów — Wolność Zal. Hałda
Jedność Krol.-Huta — Przyszłość Dąb
RKS Fryzjerski Katowice — Siła Łaziska Górne
TUR Mysłowice und RKS Hajduki sind demnach

Arbeitersportfest in Bielsko am 4. und 5. August

Alle Arbeitersportvereine, die an dem Sportfest teilnehmen, haben ihre Meldungen bis anfangs Juli durch den Bezirk abzugeben, mit dem Bemerken, an welchen Sportarten der verschiedenen Sektionen sie teilnehmen. Zur Austragung gelangen: Geräteturnen, Leicht- und Schwerathletik, Korb- Netz- Faust- Hand und Fussballspiele.

Neue Bücher.

Frateco, Der Don Quijote von München (Verlag Nederlandsche Keurboekerij, **Amsterdam**). Preis Hfl. 2,25 geb. Hfl. 2,90.

In diesem Buch wird in Form eines Romans die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Bewegung geschildert. Wie Hitler 1919 mit 7 Parteigenossen die NSDAP gründete, die Geschichte seines Kampfes um die Macht, alle seine Mit- und Gegenspieler, dazu bedeut- Augen des Lesers ab. Das Buch ist ein Roman, es enthält zahlreiche Deutungen, wie sie einem dichtenden Künstler erlaubt sind; aber bei alledem ist man von der same Episoden, wie die Ermordung Rathenaus — all das und noch viel mehr Zeitgeschichte, rollt sich vor den historischen Wahrheit niemals abgewichen und alle Tatsachen, auf die sich das Buch gründet, halten einer Nachprüfung stand.

So ist ein Werk entstanden, das zugleich spannend und lehrreich ist und jeden, der es zur Hand nimmt, von der ersten bis zur letzten Seite ungemein fesseln wird.

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen Bezirk Oberschlesien, Katowice, Dworcowa 11 — Schriftleitung Johann Kowoll, für den Inhalt und Inserate verantwortlich: Gerhard Pawellek, beide in Katowice, Dworcowa 11
Druck: „Drukarnia Ludowa", Spółdz. z odp. udz., Katowice

JACK LONDON

DIE ZWANGSJACKE

68

Ich arbeitete bis zum Einbruch der Dunkelkeit und noch später, indem ich die Robben abzog, das Fleisch in Streifen zerschnitt u. zum Trocknen auf die Felsen legte. Ich fand auch kleine Anhäufungen von Salz in den Spalten und Löchern in den Felsen auf der Westseite der Insel. Damit rieb ich das Fleisch ein, dass es sich halten sollte.

Vier Tage arbeitete ich, und zuletzt sah ich mit kindlichem Stolz, dass nicht das geringste von diesem Fleischvorrat verloren gegangen war. Die beständige Arbeit war gesund für meinen Körper, der sich bei dieser gesunden Kost, mit der ich nicht sparte, schnell erholte.

Es sollten Monate vergehen, ehe die Robben meine Insel wieder besuchten. Unterdessen war ich aber alles eher als müssig. Ich baute mir eine Hütte aus Steinen und daneben eine Vorratskammer für mein konserviertes Fleisch. Die Hütte deckte ich mit soviel Robbenfellen, dass sie beinahe wasserdicht war. Wenn aber der Regen auf mein Felldach prasselte, musste ich daran denken, dass sich hier ein schiffbrüchiger Matrose mit Fellen, die auf dem Londoner Pelzmarkt ein Vermögen wert waren, gegen die Elemente schützte.

Mir war klar, wie wichtig es für mich war, die Zeit zu berechnen, sonst hatte ich ja keine Ahnung, welcher Wochentag war, und wüsste auch nicht, an welchem Tage Sabbat war. Ich ging daher sorgfältig in der Zeitrechnung zurück bis zu den Tagen, da Kapitän Nicholl im Langboot die Zeittabelle geführt hatte, und rechnete dann wieder vorwärts — ganz langsam, um keinen der Tage und keine der Nächte zu vergessen, die ich auf der Insel verbracht hatte. Von da an berechnete ich die Wochentage mit Hilfe von sieben Steinen, die ich vor meine Hütte legte. An einer bestimmten Stelle des Ruders machte ich für jede Woche eine Kerbe — an einer andern Stelle notierte ich die Monate, indem ich sorgfältig die Tage, die jeder Monat über vier Wochen hinaus hatte, vermerkte.

Es war erstaunlich, wieviel Arbeit unter diesen Umständen erforderlich war, um für die einfachsten Bedürfnisse in bezug auf Nahrung und Wohnung zu sorgen. Ich war tatsächlich im ersten Jahr nur selten müssig. Der Bau der Hütte (an sich nur eine Schlafstätte) dauerte sechs Wochen. Das ewige Schrappen der Robbenfelle, um sie weich und geschmeidig zur Kleidung zu machen, beanspruchte Monate und wieder Monate.

Dann die Wasserversorgung. Nach jedem grösseren Sturm wurde mein aufgespartes Regenwasser durch Schaumspritzer versalzen, so dass es manchmal schwer auszuhalten war, bis es wieder Regen gab, der keinen Sturm mitbrachte. Da ich wusste, dass steter Tropfen selbst einen Stein aushöhlen kann, wählte ich einen grossen Stein und begann ihn mit Hilfe kleinerer Steine auszuhöhlen. Nach fünfwöchiger Arbeit hatte ich mir auf diese Weise eine Schale verfertigt, die ungefähr sechs bis sieben Liter Wasser enthielt. Später verfertigte ich mir eine doppelt so grosse, sie erforderte neun Wochen. Von Zeit zu Zeit verfertigte ich einige kleinere Schalen. Eine, die etwa dreissig Liter enthalten hätte, zersprang, als ich sieben Wochen daran gearbeitet hatte.

Aber erst im zweiten Jahre, als ich mich schon mit dem Gedanken versöhnt hatte, dass ich vielleicht den ganzen Rest meines Lebens hier verbringen sollte, erst da schuf ich mein Meisterwerk. Diese Schüssel erforderte acht Monate, aber sie war auch dicht und fasste ungefähr hundertfünfzig Liter. Diese steinernen Gefässe machten mir viel Freude, so viel, dass ich hin und wieder meine Demut vergass und unziemlich stolz auf sie war. Wahrlich, mir erschien sie schöner, als das kostbarste Möbelstück in den Augen einer Königin. Ich verfertigte auch eine kleine steinerne Kelle, um das Wasser von anderen Stellen zu meinen grossen Behältern zu tragen. Wenn ich erzähle, dass diese kleine Kelle vierundzwanzig Pfund wog, so wird mein Leser begreifen, dass es keine leichte Arbeit war, das Regenwasser zu sammeln.

Obwohl ich die Gesellschaft meiner Mitgeschöpfe und die Bequemlichkeiten des Lebens entbehren musste, bemerkte ich doch, dass meine Einsamkeit auch gewisse Vorteile mit sich brachte. Ich befand mich im friedlichen Besitz der ganzen Insel. Es war nicht wahrscheinlich, dass jemals mein Recht auf die Insel bestritten werden sollte — es müssten denn die Amphibien des Ozeans sein. Da die Insel unzugänglich war, wurde meine Nachtruhe nicht von beständiger Furcht vor Kannibalen oder Raubtieren gestört.

Im dritten Jahre begann ich eine Säule aus Felsblöcken zu erbauen, oder vielmehr eine Pyramide, quadratisch, unten breit, sich nach der Spitze verjüngend. Ich musste so bauen, da es ja auf der Insel an allem mangelte, was zur Errichtung eines Gerüstes dienen konnte. Erst gegen Ende des fünften Jahres war die Pyramide fertig. Sie stand auf dem höchsten Punkt der Insel. Wenn ich sage, dass sich der Felsen nur vierzig Fuss über das Meer, und dass die Spitze meiner Pyramide sich vierzig Fuss über den Gipfel der Insel erhob, so seht ihr, dass ich die Höhe der Insel über dem Meere verdoppelt hatte, ohne auch nur ein einziges Gerät oder Werkzeug zu besitzen.

(Fortsetzung folgt).